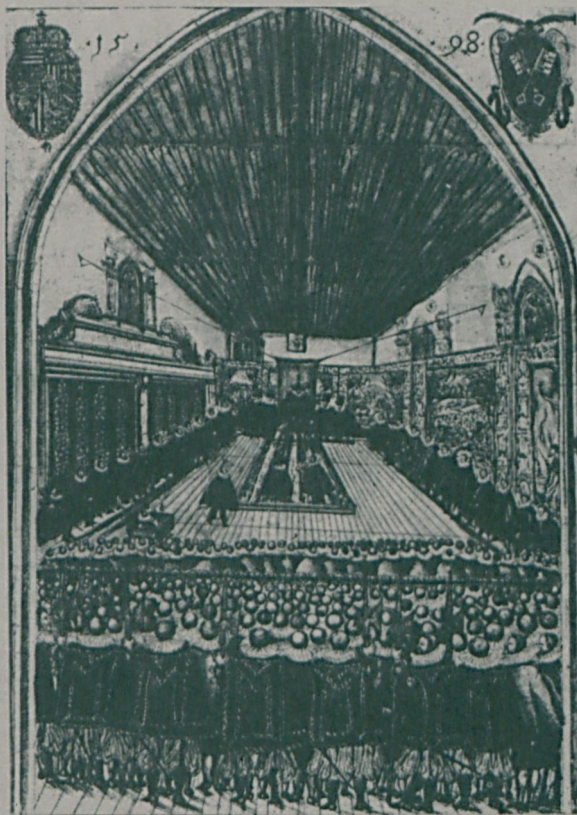


Josef Leeb

**Der Magdeburger Sessionsstreit von 1582:
Voraussetzungen, Problematik und
Konsequenzen für Reichstag und
Reichskammergericht**



GESELLSCHAFT FÜR
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

Heft 24

Josef Leeb

Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung

Der Magdeburger Sessionsstreit von 1582:

Voraussetzungen, Problematik und
Konsequenzen für Reichstag und
Reichskammergericht

Heft 24
Wetzlar, 2000

*Erweiterte und überarbeitete Fassung
des Vortrags vom 1. Oktober 1989
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*

Josef Leeb

Der Magdeburger Sessionsstreit von 1582: Voraussetzungen, Problematik und Konsequenzen für Reichstag und Reichskammergericht

*Erweiterte und veränderte Fassung
des Vortrags vom 7. Oktober 1999
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*

1. Der Session Magdeburg und deren gekaufte Differenzen auf dem Reichstagen bis zum Jahr 1582
2. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Sessionsstreit beim Augsburger Reichstag von 1582
3. Die Analyse der dann vorhandenen Problemlfelder und Zielsetzungen
4. Die weitere Entwicklung des Streits nach 1582 in den Konsequenzen für Reichstagsfassung und Reichskammergericht
5. Die Einordnung des Streits in den grundsätzlichen Tragedie.



Das Sessionrecht besaß einst das Recht, die Herrschaft eines Fürsten bzw. eines Territoriums in dessen Hand am Reichstag mit Sitz und Stimme. Das Sessionrecht beim Reichstag ist damit das wesentliche Ausdrucksmittel für die Reichsunmittelbarkeit. Es ist die Basis für den reichsunmittelbaren Status. Die Zusammenkunft Reichstag und der dortigen Session war unauflösliche Voraussetzung für die Anerkennung und zugleich offizieller Ausdruck der Reichsunmittelbarkeit eines Territoriums bzw. eines Fürsten als dessen Initiator.

Zu dieser grundsätzlichen Festlegung der reichsunmittelbaren Position mit dem Sessionrecht kam als zweiter wichtiger Faktor die Personierung, also die Sitz- und Rangordnung der Kurfürsten, Fürsten und Städte im Plenum sowie innerhalb ihrer getrennten Kollegien bei der Reichstagsverhandlung.

Josef Jacob

Der Magdeburger Sessionsstreit von 1585:
Vorursetzungen, Problematik und
Konsequenzen für Reichstag und
Reichskammergericht

Erste und einzige Fassung
des Vortrags vom 1. Oktober 1999
im Stadtsaal von Bonn zu Heister



1 A 429125

R

Folgt man der Darstellung Leopold von Ranke in seiner deutschen Geschichte vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Dreißigjährigen Krieg, so bildete der Magdeburger Sessionsstreit seit dem Reichstag des Jahres 1582 eines der ganz wesentlichen Elemente in der Reichspolitik an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Denn Ranke beschränkt nicht nur seine Darlegungen zum Reichstag von 1582, sondern auch jene zu den folgenden Reichstagen von 1594 und 1597/98 weitgehend auf das Problem der Magdeburger Session und ähnliche, damit verbundene Fragen. Zum Ausbruch des Konflikts am Beginn der Reichsversammlung von 1582 stellt er fest, es sei *der Mühe werth, bei dem ersten Schritt in dieser Streitigkeit stehen zu bleiben, um ihre Tragweite zu ermessen. Die ganze Verfassung des Reiches hing davon ab, oder vielmehr, ihre Unausführbarkeit in dem damaligen Zustand der Dinge kam dabei zum Vorschein.*¹

Auch auf dem Hintergrund dieser Einschätzung soll im folgenden versucht werden, den Magdeburger Sessionsstreit im Hinblick auf Reichspolitik und Reichsverfassung und in seinen Konsequenzen für deren zentrale Organe, den Reichstag und das Reichskammergericht, am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts einzuordnen. Dabei ist auf folgende Punkte einzugehen:

1. Die Session Magdeburgs und daran geknüpfte Differenzen auf den Reichstagen bis zum Jahr 1582.
2. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Sessionsstreit beim Augsburger Reichstag von 1582.
3. Die Analyse der damit verbundenen Problemfelder und Zielsetzungen.
4. Die weitere Entwicklung des Streits nach 1582 in den Konsequenzen für Reichsverfassung und Reichsinstitutionen.
5. Die Einordnung des Streits in seiner reichsgeschichtlichen Tragweite.

I.

Das Sessionsrecht bezeichnet das Recht zur Teilnahme eines Fürsten bzw. eines Territoriums in dessen Hand am Reichstag mit Sitz und Stimme. Das Sessionsrecht beim Reichstag ist damit das wesentliche Ausdrucksmittel für die Reichsstandschaft eines Territoriums über den reichsunmittelbaren Status hinaus. Die Zulassung zum Reichstag und zur dortigen Session war unabdingbare Voraussetzung für die Anerkennung und zugleich signifikanter Ausdruck der Reichsstandschaft eines Territoriums bzw. eines Fürsten als dessen Inhaber.²

Zu dieser grundsätzlichen Festlegung der reichsrechtlichen Position mit dem Sessionsrecht kommt als zweiter wichtiger Faktor die Sessionsordnung, also die Sitz- und Rangordnung der Kurfürsten, Fürsten und Städte im Plenum sowie innerhalb ihrer getrennten Kollegien bei der Reichsversammlung.

Um diese Rangfolge gab es auf so gut wie allen Reichstagen im 16. Jahrhundert heftige Differenzen, die *regelmäßig mit ungeheurem Aufwand an Energie und Gelehrsamkeit* ausgetragen wurden. Dabei ging es nicht oder zumindest nicht nur um äußere Fragen des zeremoniellen Vorrangs, sondern die Session, besser die vorrangige Session war augenscheinlicher Ausdruck des politisch-sozialen Rangs ihres Inhabers innerhalb der Gesamthierarchie des Reichs; ja die Sitzordnung auf dem Reichstag legte im Zusammenhang mit dessen zunehmender Institutionalisierung seit 1495 diesen Rang eigentlich erst fest. Die Session wurde damit zum Konstituens der Rangfolge.³ Zugleich regelte die zeremonielle Hierarchie die Verfahrensordnung des Reichstags, indem die Reihenfolge der Stimmenabgabe bei den Beratungen der Kurien analog der Sessionsordnung vonstatten ging. Der Terminus ‚Sessionsstreit‘ meint demnach in der üblichen Bedeutung, wer beim Reichstag vor wem sitzt, vor diesem seine Stimme abgibt und hiermit innerhalb der Hierarchie des Reichs den höheren Rang einnimmt.

Für den Kurfürstenrat legte diese Rangfolge die Goldene Bulle fest, hingegen war sie im Fürstenrat heftig umstritten. Die Regelung der Sessionsdifferenzen wurde zwar auf vielen Reichstagen des 16. Jahrhunderts den Ständen vom Kaiser als ein Hauptartikel der Proposition zur Beratung vorgelegt, auch enthielten viele Reichsabschiede Vorgaben zur Lösung der Vorrangfragen,⁴ doch geklärt wurde im allgemeinen wenig. Eine Episode aus der Mitte des 17. Jahrhunderts belegt, wie penibel bis hin zu scheinbaren Nebensächlichkeiten man im Bereich des Zeremoniells auf Rangfragen achtete: In einem Klaglibell vom 18. April 1664 brachte Erzbischof Guidobald von Salzburg Kaiser Leopold I. vor, ihm sei bei der Aufwartung an der kaiserlichen Tafel *allein ein stuell an statt des sessels gegeben worden*, wie ihn der Erzherzog von Österreich gehabt habe. Da dies gegen den von Salzburg gutwillig zugestandenen, täglichen Wechsel des Vorrangs mit Österreich bei Reichsversammlungen auf der Basis der Gleichrangigkeit verstoße, bat der Erzbischof, *daß ich wie die herrn erzherzogen diffaßls mit dem sessel geehrt werde*.⁵

Was nun das Erzstift Magdeburg betrifft, so stand es seit dem 15. Jahrhundert in einem beinahe ständigen Streit mit den Erzbischöfen von Salzburg um den Vorrang auf der Bank der geistlichen Fürsten. Dazu kamen gleich geartete Differenzen mit den Erzherzögen von Österreich, nachdem diese beim Reichstag von 1500 von der weltlichen auf die geistliche Bank gewechselt waren, um damit Rangstreitigkeiten mit Bayern aus dem Weg zu gehen und mit dem erstrebten ersten Platz auf der geistlichen Bank das Direktorium des Fürstenrats zu erreichen. Die Entwicklung im einzelnen und die dabei vorgebrachten Argumente für den jeweiligen Vorrang können hier übergangen werden, da sie für den späteren Sessionsstreit von 1582 nicht ausschlaggebend sind. Festgehalten sei nur, daß sowohl Magdeburg wie auch Salzburg und Österreich den ersten Platz auf der geistlichen Bank beanspruchten:

Magdeburg unter Berufung auf die Würde eines Primas der Geistlichkeit in Deutschland, Salzburg mit dem Argument der päpstlichen Würde als *legatus natus et perpetuus in Noricum*, Österreich mit der Begründung des *Privilegium maius*.⁶

Eine längerfristige Lösung des Streits schien sich mit den Verträgen von 1530 zwischen Salzburg und Magdeburg sowie 1535 zwischen Salzburg und Österreich anzubahnen: Der Vertrag von 1530 beinhaltete die tägliche Alternation des Vorrangs, wobei Salzburg der Vorsitz am ersten Tag, also der Eröffnung einer Reichsversammlung, eingeräumt wurde.⁷ Eine ähnliche Regelung sah der Vertrag von 1535 vor, hier mit dem Vorrang für Österreich am ersten Tag. Das Magdeburger Zugeständnis im Vertrag von 1530, zu erklären mit der geminderten Bedeutung der Rangfrage während der Regierungszeit Kardinal Albrechts von Brandenburg (1513-1545) aufgrund der Personalunion als Erzbischof von Mainz und Mitglied des Kurfürstenrates, wurde später nicht mehr als bindend erachtet, da die Zustimmung des Domkapitels gefehlt habe. Vielmehr bestand Magdeburg weiterhin auf dem ersten Rang noch vor Österreich.

Besondere Brisanz erlangte die Frage des Vorrangs aufgrund der Tatsache, daß mit dem ersten Platz auf der geistlichen Fürstenbank das Direktorium und damit die Verhandlungsleitung im Fürstenrat verbunden war, die ihrerseits bedeutende, politisch verwertbare Einfluß- und Steuerungsmöglichkeiten bot. Dazu gehört neben der Verhandlungsführung mit dem Kaiser, den Kurfürsten, den Städten und ausländischen Gesandtschaften sowie der Protokollführung und der Proposition der Beratungspunkte in der eigenen Kurie als Momente, die Chancen zur gezielten Lenkung boten, vor allem die eine Einzelberatung abschließende Mehrheitsfestlegung und ebenso die schriftliche Ausarbeitung und der Vortrag des Mehrheitsbeschlusses vor den Kurfürsten als Resolution des Fürstenrates. Bei strittigen Entscheidungen bestand hier durchaus ein gewisser Ermessensspielraum, der zugunsten der eigenen Seite genutzt werden konnte.⁸ So erhebt ein Abschlußbericht zum Reichstag von 1582 den Vorwurf gegen Österreich und Salzburg als alternierende Direktoren, es sei zu *zeiten ein große partialitet bey ihnen gespüert, das sie bißweyln maiora vota, die doch minora oder paria gewesen, oder auch bißweylen contrarium votiert haben*.⁹

Es ergibt sich damit eine doppelte Problemstellung, indem sich Präzedenzfragen aus dem zeremoniellen Bereich mit wichtigen Vorrechten im Verhandlungsgang des Reichstags und folglich mit politischen Einflußmöglichkeiten verbanden. Diese Problematik steht hinter dem Sessionsstreit auch zwischen Magdeburg und Salzburg im Fürstenrat, wie er bis 1582 in der beschriebenen Form auf zahlreichen Reichstagen zu beobachten ist.

II.

Der sogenannte Magdeburger Sessionsstreit beim Reichstag von 1582¹⁰ schien sich zunächst ebenfalls in die dargestellte Tradition als bloßer Streit um den Vorrang zwischen Magdeburg und Salzburg einzureihen: Im Anschluß an die Eröffnung des Reichstags am 3. Juli bemängelte der leitende Salzburger Gesandte, Bischof Georg Agricola von Seckau, daß sich Johann von Botmar, der Vertreter des Magdeburger Administrators Joachim Friedrich, Markgraf von Brandenburg, bei dieser Gelegenheit vor ihn gedrängt habe, in der zeremoniellen Rangfolge also vor ihm gestanden sei. Dies sei ein Verstoß gegen die Vereinbarung, wonach am ersten Tag Salzburg der Vorrang vor Magdeburg gebühre.

Die Salzburger Beschwerde bewegte sich damit auf eben dem Niveau, wie es den Streit mit Magdeburg bisher gekennzeichnet hatte: Gefordert wurde der Vorsitz Salzburgs am ersten Tag, ansonsten hatten sich die Vertreter beider Erzstifte in einer internen Besprechung noch vor der Eröffnung des Reichstags auf den täglichen Wechsel des Vorrangs gemäß dem Vertrag von 1530 geeinigt.¹¹ Die Magdeburger Sessionsfrage stellte sich für die Salzburger Gesandten demnach beim Reichstag 1582 wie bisher nur hinsichtlich des strittigen Vorrangs, während sie die Problematik der generellen Sessionsberechtigung Magdeburgs aufgrund der spezifischen reichsrechtlichen Situation von Administrator Joachim Friedrich in keiner Weise erkannten. Ganz im Gegenteil, mit der Berufung auf den Vertrag von 1530 war verbunden, daß sie den grundsätzlichen Sessionsanspruch Magdeburgs eindeutig anerkannten und bestätigten.

Erst zwei Tage später, in der ersten ordentlichen Sitzung des Fürstenrates am 5. Juli, knüpften die Salzburger an ihren Protest gegen den Magdeburger Vorrang die sehr viel weiter reichende Bemerkung, sie wüßten von keinem derzeitigen Magdeburger Erzbischof, der vom Papst konfirmiert und vom Kaiser belehnt sei. Mit anderen Worten: Markgraf Joachim Friedrich von Brandenburg als vermeintlicher Inhaber des Erzstifts Magdeburg könne aufgrund reichsrechtlicher Defizite – der fehlenden Belehnung – nicht zur Session beim Reichstag zugelassen werden.¹² Damit aber ging es nun nicht mehr um den Vorrang, sondern um die Grundsatzfrage, ob der derzeitige Magdeburger Administrator in seinem persönlichen und rechtlichen Status auf dem Reichstag Sitz und Stimme haben konnte.

Der plötzliche Umschwung in der Salzburger Argumentation¹³ beruhte allein auf den heftigen Vorwürfen, die der päpstliche Legat Ludovico Madruzzo in Zusammenarbeit mit dem Nuntius in Graz, Germanico Malaspina, und Herzog Wilhelm von Bayern im knappen Zeitraum zwischen der Eröffnung des Reichstags und der ersten Sitzung des Fürstenrates vorgebracht hatte. Sie lauteten zusammengefaßt, es sei die Schuld Salzburgs, wenn mit der Zulassung der Magdeburger Gesandten zum Reichstag den Protestanten die Aufhe-

bung des Geistlichen Vorbehalts eingeräumt werde: Joachim Friedrich von Brandenburg könne als Protestant, als ‚öffentlicher Ketzer‘, der zudem verheiratet und weder vom Papst konfirmiert noch vom Kaiser belehnt sei, nicht als Inhaber eines geistlichen Fürstentums anerkannt werden. Eben diese Anerkennung und mithin die Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts als der wesentlichen Bestandsgarantie des geistlichen Fürstentums und des Katholizismus im Reich werde mit seiner Session beim Reichstag präjudiziert.¹⁴

Mit diesem Vorwurf war die Debatte ausgeweitet zu einem Prinzipienstreit um die Session protestantischer Bistumsadministratoren beim Reichstag und damit um die Reichsstandschaft dieser Administratoren, die mit der Sessionsberechtigung untrennbar verbunden war und in ihr zum Ausdruck kam. Die Hauptfrage war also: Ist ein offensichtlich protestantischer Administrator eines geistlichen Territoriums zur Reichsstandschaft, mithin zur Teilnahme am Reichstag befähigt, und was bedeutet dies hinsichtlich des Geistlichen Vorbehalts, der in Gültigkeit und Interpretation bekanntlich heftig umstrittenen Bestimmung des Augsburger Religionsfriedens, wonach der Glaubenswechsel eines katholischen Fürstbischofs den Verlust von Amt und Pfründen, somit des Hochstifts nach sich ziehe.

Die protestantischen Stände hatten dem Geistlichen Vorbehalt nie zugestimmt und betrachteten ihn deshalb nicht als gültiges Reichsrecht. Davon abgesehen interpretierten sie auch den Wortlaut anders als die katholischen Stände und bezogen die Bestimmung nur auf den Glaubenswechsel einer Einzelperson – des Bischofs –, wenn Domkapitel und Landschaft katholisch blieben.¹⁵ Er sei demnach – dies freilich im gänzlichen Widerspruch zur tatsächlichen Intention des Geistlichen Vorbehalts – nicht anwendbar, wenn eine schon vor der Wahl evangelische Person zum Bischof gewählt werde und wenn zudem, angewandt auf den Magdeburger Fall, das Domkapitel schon vor der Postulation Joachim Friedrichs ebenso evangelisch war wie dieser selbst. Der Vorbehalt sei nur zu beziehen auf nicht reformierte Hochstifte, während es diesen ihrerseits als Reichsständen erlaubt sei, als Ganzes den Glauben zu wechseln. Es sei also kein Verstoß gegen den Geistlichen Vorbehalt, wenn ein bereits protestantisches Kapitel einen protestantischen Kandidaten zum Bischof wählt. Diese Argumentation durchzieht als wesentliches Element alle künftigen Gutachten, Eingaben und Instruktionen auch aufseiten Magdeburgs für die Berechtigung der Session beim Reichstag.¹⁶ Sie verweist auf den engen Zusammenhang und eigentlichen Hintergrund dieser Problematik in der Frage des Geistlichen Vorbehalts.

Der folgende Ablauf der Ereignisse beim Reichstag 1582 soll nur knapp in den Grundzügen dargestellt werden, da die wesentlichen Einzelheiten bereits Max Lossen ausführlich geschildert hat.¹⁷ Wichtiger sind hier die Beweggründe des Streits, die anschließend zur Erörterung kommen.

Der Salzburger Vertreter verließ nach dem Protest am 5. Juli den Fürsten-

rat und verweigerte bis zu einem Bescheid Kaiser Rudolfs II. zur Session Magdeburgs die weitere Teilnahme an den Beratungen.¹⁸ Der Fürstenrat jedoch nahm trotz des laufenden Salzburger Protests die Hauptverhandlung zur Proposition auf, und der Magdeburger Gesandte nahm ungehindert daran teil. Dies lag in erster Linie daran, daß die katholischen Stände sich noch auf keine gemeinsame Position verständigt hatten. Nur damit ist auch zu erklären, daß Magdeburg in den Ausschuß des Fürstenrats zur Türkensteuer berufen wurde, der sofort in die Beratung eintrat. Zwar erfolgte die Berufung in der spezifischen Funktion Magdeburgs als ausschreibender Stand im niedersächsischen Kreis, auf deren Bedeutung im Zusammenhang mit der Sessionsfrage noch einzugehen sein wird. Dennoch bedeutete die Zulassung zum Ausschuß einen erheblichen Bruch in der Zurückweisung des Sessionsanspruchs, der Magdeburg bei den späteren Bemühungen um Zugang zum Reichstag wichtige argumentative Rückgriffe auf diese indirekte Anerkennung ermöglichte.

Eine grundlegende Wende erfolgte erst am 12. und 13. Juli, als die führenden katholischen Fürsten auf Anregung des päpstlichen Legaten Madruzzo hin übereinkamen, im Fall einer weiteren Duldung der Magdeburger Gesandten im Fürstenrat den Reichstag ihrerseits zu verlassen. Diese rigorose Haltung setzten sie in den folgenden Tagen auch gegenüber dem Kaiser und dessen Räten sowie gegen deren Vermittlungsvorschlag durch, der die Zulassung der Magdeburger als Vertreter des dortigen Domkapitels und nicht des Administrators vorsah. Die wortführenden Katholiken beharrten dagegen auf dem gänzlichen Ausschluß. Dies war nichts anderes als ein Verhandlungsboykott für den Fürstenrat, wo die Beratungen insbesondere zur Türkenhilfe so lange eingestellt werden sollten, bis sich der Kaiser in der Magdeburger Sache mit einem für sie günstigen Bescheid erklären würde. Die katholischen Stände griffen damit zu einer Maßnahme – die verzögerte Beratung zur Türkenhilfe als Hauptanliegen des Kaisers –, die auf früheren Reichstagen für die Strategie der Gegenseite kennzeichnend war.

Da zudem seit dem 19. Juli die Verhandlungen auch von seiten der Reichsstädte aufgrund der Beschwerden im Zusammenhang mit ihrer fraglichen Reichsstandschaft¹⁹ ganz erheblich beeinträchtigt wurden, mußte dem Kaiser alles daran liegen, zunächst die Katholiken zur Fortsetzung der Beratung im Fürstenrat zu bewegen und einen offenen Bruch mit den protestantischen Ständen zu verhindern, der vielleicht ein Scheitern des gesamten Reichstags nach sich gezogen hätte.

Diese Sorge veranlaßte einen ersten, in Absprache mit den kaiserlichen Räten und Kurfürst Wolfgang von Mainz eingebrachten Vermittlungsvorschlag von Kurfürst August von Sachsen, wonach dem Magdeburger Administrator die Session nur bei diesem Reichstag ohne Zugeständnis für die Zukunft eingeräumt oder aber die Session des Erzstifts von den Gesandten ge-

meinsam für Administrator und Domkapitel eingenommen werden sollte.²⁰ Als der Kaiser daraufhin nach einer Initiative der geistlichen Kurfürsten am 21. Juli die Reichsstände entschieden zur Fortsetzung der Hauptberatungen trotz der noch nicht geklärten Magdeburger Session ermahnte, stellten die bayerischen Gesandten fest, die geistlichen Kurfürsten seien wegen ihrer Kompromißbereitschaft *alberait vom creuz gefallen*. Herzog Wilhelm von Bayern kritisierte aufs heftigste, daß die Kurfürsten in der Magdeburger Frage *in irem kalten wesen verbleiben und damit die heilig religion in die eußerst gevarsetzen. Derwegen sie dan on allen zweifl zeitlichen und ewigen zorn, straf und fluech von Got hie und dort zu gewarten haben werden*. Er legte apodiktisch fest, die Verhandlungen des Reichstags auch ohne Zutun der geistlichen Kurfürsten weiterhin zu boykottieren, bis Magdeburg ausgeschlossen sei.²¹ Tatsächlich konnte der Kern der katholischen Aktionspartei des Fürstenrats seine harte Linie durchsetzen. Erneut drohte die Sprengung des Reichstags, als Kurfürst August diesmal direkt im Auftrag Kaiser Rudolfs vermittelnd eingriff und wieder in Zusammenarbeit mit den geistlichen Kurfürsten am 23. Juli nach einer Unterbrechung von fast zwei Wochen die Fortsetzung der Verhandlungen zur Türkenhilfe erreichte. Dies war freilich nur möglich, weil Administrator Joachim Friedrich zugesagt hatte, an diesem Tag auf die Session zu verzichten.

Der einmalige Verzicht galt beileibe nicht für den gesamten Reichstag, sondern Joachim Friedrich erhielt seinen Sessionsanspruch aufrecht, ja er drohte mit der sofortigen Abreise unter Protest, falls die Katholiken weiterhin auf seinem Ausschluß bestünden. Damit wiederum war auch aus Sicht des Kaisers die Gefahr verbunden, daß sich die führenden protestantischen Stände, insbesondere Kurfürst August von Sachsen, mit Markgraf Joachim Friedrich solidarisieren und den Reichstag ebenfalls verlassen würden. Ging die Einstellung der Beratungen zuvor von den katholischen Fürsten aus, so schien sich die Auflösung des Reichstags nun von der Gegenseite her anzubahnen. Man befürchtete am kaiserlichen Hof, daß der Abreise Joachim Friedrichs *nit allain die zerschlagung des Reichs tags, sonder ein beschwerliche zerrittung im gantzen Reich* folgen könnte.²² Kaiser Rudolf stand zwischen beiden Fronten und zugleich im Konflikt zwischen politischen Erfordernissen des Reichs und der eigenen Erblande im Hinblick auf die Türkenabwehr, die einen erfolgreichen Verlauf des Reichstags voraussetzten, und den konfessionspolitischen Konsequenzen der Magdeburger Session. Die österreichischen Räte im Fürstenrat sahen sich in dieser Konfliktsituation veranlaßt, vom Geheimen Rat des Kaisers Anweisung zu erbitten, ob sie die Hauptverhandlungen fortsetzen sollten, *cum utroque sit periculum: nempe si procedant, approbatur sessio magdenburgica, si non, gravatur caesar*.²³

Auf diesem Hintergrund mußte eine weitere Vermittlungsinitiative von der kaiserlichen Seite kommen, und sie konnte den Ausweg nur in einem Kom-

promi suchen: Gemäß dem Schlichtungsvorschlag der kaiserlichen Räte, den die geistlichen Kurfürsten bernahmen und den katholischen Ständen des Fürstenrats am 24. und 25. Juli vorlegten, sollte, ähnlich wie im ersten Entwurf von Kurfürst August, dem Magdeburger Administrator die Session nur diesmal eingeräumt werden, ohne damit Zugeständnisse für die Zukunft zu verbinden und die Rechte der katholischen Stände zu präjudizieren – gemeint war eine Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts, aber auch die Zurückweisung der dauerhaften Reichsstandschaft Joachim Friedrichs. Künftig würde dem Administrator der Zugang zum Reichstag erst *nach autrag der sachen* erlaubt. Die katholischen Stände brachten am Konzept für ein entsprechendes kaiserliches Dekret wichtige Konkretisierungen an, indem sie die fehlende kanonische und reichsrechtliche Qualifikation Joachim Friedrichs mangels Konfirmation und Belehnung besonders betonten. Beide Faktoren, also auch die Konfirmation des Papstes, wurden explizit als unabdingbare Voraussetzung für eine künftige Anerkennung des Sessionsanspruchs in das Dekret aufgenommen, und dies zudem mit einer konkreten Verbindung zum Religionsfrieden als rechtlicher Basis.²⁴

Das Dekret wurde am 27. Juli Joachim Friedrich und Kurfürst August von Sachsen vorgelegt, der es als Bürge und Zeuge unterschreiben sollte. Beide gaben es dem Kaiser noch am selben Tag mit der Erklärung zurück, sie könnten es nicht annehmen bzw. bekräftigen. Nach diesem letzten Ausgleichsversuch reiste Joachim Friedrich am 28. Juli unter Protest in Form einer Rechtsverwahrung aus Augsburg ab. Das Erzstift Magdeburg war damit beim Reichstag von 1582 nicht mehr vertreten und erscheint folglich nicht in der Subskription des Reichsabschieds. Kurfürst August von Sachsen allerdings, und dieser Umstand kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, blieb, obwohl persönlich in den Streit verwickelt, weiterhin anwesend, ebenso alle anderen protestantischen Stände. In deren Akten finden sich keinerlei Hinweise, die, wie der Kaiser zuvor befürchtet hatte, einen Abbruch des Reichstags wegen der Magdeburger Sache auch nur in Erwägung ziehen.

Hingegen hatte die katholische Aktionspartei mit der Abreise Joachim Friedrichs ihr wesentliches Ziel erreicht: Der vermeintliche Primas von Deutschland erhielt beim Reichstag als dem maßgeblichen Verfassungsorgan für die öffentliche Darstellung der eigenen reichsrechtlichen Legitimation keinen Zugang, vielmehr mußte er die Versammlung auf ihren Druck hin mit einer bloßen Rechtsverwahrung verlassen. Der Magdeburger Sessionsstreit war damit vorläufig und für den Reichstag von 1582 beendet. Geklärt allerdings waren die daran geknpften Fragen und die dahinter stehenden politischen und rechtlichen Probleme in keiner Weise.

III.

Der Protest gegen die Magdeburger Session beim Reichstag sprach im Hinblick auf die Person und den reichsrechtlichen Status des postulierten Administrators Joachim Friedrich Defizite an, die zentrale Elemente der Reichsverfassung und der Struktur des Reichs nach dem Augsburger Frieden von 1555 berührten: Es ging nicht nur um den Geistlichen Vorbehalt, sondern ebenso um die kaiserliche Belehnung als Voraussetzung der Reichsstandschaft, um die Form der Lehnvergabe und, damit zusammenhängend, um die Wertigkeit der päpstlichen Konfirmation eines geistlichen Fürsten im Umfeld eines seit 1555 entsakralisierten Reichs, in dem *das Kaisertum seine religiöse Autorität verloren hatte*.²⁵

1) Bei diesem Komplex ist zunächst ein Blick auf die Verhältnisse im Erzbistum Magdeburg zu werfen: Der Vorgänger Joachim Friedrichs, sein Onkel Sigismund von Brandenburg, wurde 1552 zum Magdeburger Erzbischof gewählt und einige Jahre später vom Papst als solcher konfirmiert. Die Belehnung durch Kaiser Maximilian II. mit den Reichsregalien erfolgte zwar erst auf dem Reichstag von 1566, doch sie erfolgte, obwohl Sigismund spätestens seit 1561 ganz offenkundig der neuen Religion anhing und deren Durchsetzung im Erzbistum mit der protestantischen Kirchenordnung von 1562 nach Kräften förderte. Nach dem Tod Erzbischof Sigismunds wählte das Magdeburger Domkapitel 1566 Markgraf Joachim Friedrich, den erstgeborenen Sohn des Brandenburger Kurprinzen Johann Georg, zum Administrator. Die Wahl nicht zum Erzbischof, sondern nur zum Administrator erfolgte, weil bereits feststand, daß Joachim Friedrich sich verheiraten, als einziger Erbe der Kurwürde seines Vaters später als Kurfürst nachfolgen und die Administration dann nach Aussage der Wahlkapitulation erlöschen würde.²⁶ Das Erzbistum war 1567 beim Antritt der Administration offiziell der Augsburger Konfession zugetan, Joachim Friedrich selbst war nach Erziehung und Lebensführung ganz offensichtlich protestantisch und zudem seit 1570 offiziell verheiratet. Wohl gerade wegen dieser Ausgangslage verpflichtete ihn das Domkapitel in der Wahlkapitulation, die Session des Erzbistums beim Reichstag in Übung zu halten, die Reichsstandschaft damit also in der Praxis zu dokumentieren. Dagegen war in der Wahlkapitulation im Gegensatz zu anderen norddeutschen Hochstiften wie etwa Halberstadt von der päpstlichen Konfirmation des Gewählten – auch als Voraussetzung der kaiserlichen Belehnung – nicht mehr die Rede. Vielmehr versprach Joachim Friedrich, die Reformation im Erzbistum zum Abschluß zu bringen.²⁷ Demnach stellte sich im Erzbistum Magdeburg folgende Sachlage dar: Ein beinahe gänzlich protestantisches Domkapitel eines geistlichen Territoriums wählt einen protestantischen Administrator und verpflichtet diesen zur Durchsetzung der Session des bereits reformierten Erzbistums beim Reichstag auf der geistlichen Fürstenbank.

2) Die wichtigste Bedingung für die Zulassung zum Reichstag war die

reichsrechtliche Anerkennung Joachim Friedrichs durch den Kaiser. Das erste Ansuchen am kaiserlichen Hof noch 1566 um die Belehnung mit den Regalien oder zumindest um die Erteilung eines sogenannten Lehnsindults wurde dort ebenso abgewiesen wie alle weiteren Bitten darum in den folgenden Jahren.²⁸ Bei der Verweigerung der Belehnung konnte der Kaiser sich auf die fehlende päpstliche Konfirmation berufen, die gemäß den Konkordaten der deutschen Nation mit der Kurie eine bindende Voraussetzung für die Anerkennung eines geistlichen Fürsten darstellte. Die Konfirmation des Papstes bildete damit auf der Grundlage des Reichskirchenrechts *de iure* die Vorbedingung für die lehnsrechtliche Anerkennung eines geistlichen Fürsten durch den Kaiser, mithin auch für die reichsrechtliche Absicherung der Herrschaft, für die Reichsstandschaft und für die Session beim Reichstag.

Doch gab es ja den Ausweg des wiederholt angewandten kaiserlichen Lehnsindults. Der Lehnsindult stellte im Grundsatz eine Übergangslösung dar, eine zeitlich befristete, sozusagen vorläufige Belehnung mit den weltlichen Herrschaftsrechten, und er wurde, folgt man zeitgenössischen Aussagen am kaiserlichen Hof, dann gewährt, wenn es eine Verzögerung der päpstlichen Konfirmation wegen Verhandlungen mit der Kurie oder anderweitige, rein bürokratische Hindernisse gab, nicht jedoch bei einer grundsätzlichen Verweigerung der Konfirmation.²⁹ Dennoch erhielten vor und auch nach der Wahl Joachim Friedrichs andere, nicht minder eindeutig protestantische Administratoren den Indult des Kaisers, obwohl sie aufgrund ihrer Konfession kaum Aussichten auf die Konfirmation des Papstes hatten. Dies betrifft zunächst Heinrich von Sachsen-Lauenburg als Administrator des Erzstifts Bremen (1567-1585) sowie der Hochstifte Osnabrück (1574-1585) und Paderborn (1577-1585), Eberhard von Holle als Administrator von Verden (1566-1586) und Heinrich Julius von Braunschweig-Lüneburg in Wolfenbüttel als Administrator von Halberstadt (1566-1613), dessen befristeter Indult trotz der ausbleibenden päpstlichen Konfirmation wiederholt verlängert wurde. Später, als der Streit um die Magdeburger Session eben wegen der mangelnden reichsrechtlichen Bestätigung bereits entbrannt war, erhielt Philipp Sigismund von Braunschweig-Wolfenbüttel als Bischof von Osnabrück (1591-1625) und als Administrator von Verden (1586-1625) noch im Jahr 1598 den Indult, 1604 sogar eine unbefristete Verlängerung.³⁰

Es ist demnach zu fragen, warum Joachim Friedrich von Magdeburg sich gerade in jenem Zeitraum, in dem die meisten Lehnsindulte an protestantische Hochstiftsinhaber vergeben wurden, trotz wiederholter, teils persönlich vorgebrachter Gesuche vergeblich um die reichsrechtliche Anerkennung des Kaisers bemühte. Denn daß die erwähnten Administratoren wegen ihrer Glaubenshaltung vom Papst nicht konfirmiert wurden, war den Kaisern Maximilian II. und Rudolf II. sehr wohl bewußt, als sie die Indulte verliehen. Deshalb versuchte der apostolische Legat Giovanni Morone schon beim



Kurfürst Johann Georg von Brandenburg (1525/1571-1598), der Vater Joachim Friedrichs. Nach einem Holzschnitt von Peter Hille.

[Aus: Ingo Materna / Wolfgang Ribbe (Hgg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 287.]



Joachim Friedrich (1546-1608), Markgraf von Brandenburg, 1566-1598 Administrator des Erzstifts Magdeburg, 1598-1608 Kurfürst von Brandenburg. Portrait des in Frankfurt/Oder tätigen Kupferstechers Franz Friedrich.

Reichstag 1576, dem Kaiser das Versprechen abzunehmen, künftig im Gegensatz zur bisherigen Praxis keine Regalien mehr an Postulierte zu verleihen, die für die päpstliche Konfirmation nicht qualifiziert schienen.³¹

Wegen der fehlenden lehnsrechtlichen Bestätigung wurde für das Erzstift Magdeburg zu den Reichstagen von 1567 bis zunächst 1582 nicht der Administrator, sondern stets das Domkapitel geladen, auch gingen alle Schriftstücke der Reichshofkanzlei und des Reichskammergerichts, die Belange des Erzstifts betrafen, an das Domkapitel und nicht an Joachim Friedrich; allerdings seit 1569 versehen mit der Klausel, das Kapitel werde die Schreiben *an das gehörig Ort ferner gelangen zu lassen wissen*. Dies war das einzige Zugeständnis, das der Magdeburger Administrator bei seinen Anerkennungsbemühungen anlässlich eines persönlichen Aufenthalts am Hof Maximilians II. in Preßburg 1569 erreichen konnte.³² Spätere, in den Jahren 1579 bis 1581 bei Kaiser Rudolf II. vorgebrachte Bitten um Belehnung oder Indult sowie um Adressierung der Korrespondenz an seine Person führten vorübergehend dazu, daß Joachim Friedrich entsprechend einem Kurmainzer Gutachten zwar die Schreiben direkt erhielt, allerdings nur mit dem Titel eines ‚Markgrafen von Brandenburg‘ und als ‚Inhaber des Erzstifts‘, mithin ohne Zuerkennung des Administratorenstitels und damit der Reichsstandschaft. Dies wiederum lehnte Joachim Friedrich im Februar 1581 ab, da ihm als geistlichen Fürsten *mit dem weltlichen titel aines marggraven als inhabern des stifts nichts wilfharet*. Es blieb deshalb künftig beim zuvor praktizierten Verfahren der Korrespondenz über das Domkapitel.³³ Die fehlende reichsrechtliche Anerkennung des Administrators kam damit auf dieser Ebene klar zum Ausdruck.

Trotz der Verpflichtung in der Wahlkapitulation zur Aufrechterhaltung von Sitz und Stimme des Erzstifts besuchte Joachim Friedrich die Reichstage von 1570 und 1576 nicht, wohl um Differenzen wegen des Sessionsanspruchs aus dem Weg zu gehen. Erst 1582 entschied er sich, *ungeachtet der bedencken, so anno 70 und 76 vorgewest*, den Reichstag nunmehr zu beschicken,³⁴ und zwar in seinem und nicht des Kapitels Namen. Die Instruktion für die Gesandten zeigt nun eindeutig, daß es das eigentliche Ziel Joachim Friedrichs war, mit der Einnahme der Session beim Reichstag die bisher nicht erlangte reichsrechtliche Bestätigung auf diesem Weg zu forcieren: Die Gesandten sollten Kaiser Rudolf II. auf wiederholte Zusagen von dessen Vorgänger, Maximilians II., hinweisen, dem Administrator die Regalien zu verleihen. Da dies nur am frühen Tod Maximilians gescheitert sei, bestehe ein berechtigter Anspruch auf die Session beim Reichstag, bei deren Einnahme Rudolf II. die Magdeburger Gesandten gegen die durchaus erwarteten Widerstände unterstützen sollte.³⁵ Es ging Joachim Friedrich also nicht nur um den Sessionsanspruch, der im Zentrum der Instruktion stand, sondern mit dessen Durchsetzung sollte die Anerkennung des Status als Administrator des Hochstifts und damit die eigene reichsrechtliche Position gesichert werden. Denn der Kaiser konnte die

Erteilung des Indults, den die Magdeburger Räte noch einmal erbitten sollten, wohl nicht länger verweigern, wenn Joachim Friedrich mit eigenen Gesandten im Fürstenrat des Reichstags repräsentiert war und seine Reichsstandschaft auf diesem Weg faktisch dokumentierte. Die Session bildete in dieser Absicht ein Instrument zur Durchsetzung der bisher vergeblich gesuchten reichsrechtlichen Bestätigung, obwohl diese ja eigentlich ihrerseits die Bedingung für die Sessionsberechtigung darstellte. Hier sollte demnach als Zielsetzung Joachim Friedrichs der zweite Schritt den ersten ermöglichen; die Session im Fürstenrat diene damit vorrangig als Mittel zum Zweck.

Die persönliche Anreise Joachim Friedrichs nach Augsburg erfolgte zumindest offiziell nicht in seiner Eigenschaft als Administrator von Magdeburg, sondern als Vertreter seines Vaters, Kurfürst Johann Georg von Brandenburg, im Kurfürstenrat. Freilich sollte die persönliche Anwesenheit wohl in erster Linie die eigenen Bemühungen fördern – so wie dann die vorzeitige Abreise nach dem Scheitern dieses Versuchs erfolgte.

3) Bis 1582 reichte aus der Sicht des Kaisers der Lehnsindult als rechtliche Basis aus, um beim Reichstag Sitz und Stimme auszuüben. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage ist deshalb nicht, warum die Administratoren von Halberstadt, Bremen, Osnabrück, Paderborn oder Verden im Gegensatz zu Joachim Friedrich von Magdeburg zum Reichstag 1582 zugelassen wurden, weil sie ja anders als dieser über den Indult verfügten, sondern die Frage ist in einem früheren Stadium anzusetzen, und sie muß lauten: Warum erhielten diese Administratoren den Lehnsindult, der zudem wiederholt verlängert wurde, obwohl es an ihrer protestantischen Glaubenshaltung kaum Zweifel gab und deshalb die päpstliche Konfirmation nicht zu erwarten stand, und warum erhielt Joachim Friedrich den Indult nicht. Sicherlich bemühten sich die erwähnten Administratoren zumindest vordergründig um die Konfirmation des Papstes, während der Magdeburger dies gänzlich unterließ. Doch kann dieser Umstand nicht der einzige Grund gewesen sein.

Im Hintergrund stand vielmehr eine völlig andere Thematik: Die schon von Gustav Wolf betonte, territorialpolitische Rivalität zwischen den brandenburgischen Hohenzollern und den sächsischen Wettinern, den beiden Nachbarn Magdeburgs, als machtpolitisches Movens des Sessionsstreits.³⁶ Beide Dynastien erstrebten anfänglich mit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls politische Einflußnahme auf das Erzstift, letztlich dessen Angliederung an das eigene Territorium auf dem Weg der Dynastisierung und Säkularisierung, die im Zusammenhang mit der religionspolitischen Entwicklung im Reich erst möglich schien. Kurbrandenburg hatte dieses Ziel, die Säkularisierung und Integration in den Kurstaat, für die drei märkischen Hochstifte Lebus, Havelberg und Brandenburg bereits weitgehend erreicht, hier freilich erleichtert durch die ohnehin vorhandene Tendenz zur Landsässigkeit und mit dem Nominationsrecht des Kurfürsten für die Bischöfe. Dort wurde nach

dem Tod der letzten katholischen Bischöfe und kurzen Zwischenstadien im Zeitraum von 1554 bis 1560 eben Markgraf Joachim Friedrich als dreifacher Administrator eingesetzt und damit die Eingliederung in den Kurstaat vorbereitet. Deren offizieller Vollzug folgte 1598, als Joachim Friedrich nach dem Antritt der Kurwürde keine neuen Bischöfe mehr wählen ließ und den Besitz der Hochstifte als kurfürstliche Domänen übernahm. Die gleiche Zielsetzung verfolgte Kursachsen mit den Bistümern Naumburg, Meißen und Merseburg, die ebenfalls nach und nach dynastisiert und faktisch dem eigenen Territorium angegliedert wurden – im übrigen ohne nachhaltigen Widerstand oder Protest der katholischen Stände.³⁷

Im Prozeß der Dynastisierung des Erzstifts Magdeburg waren vorerst die Hohenzollern im Vorteil: Sie stellten nach den Wahlen von 1513 bis zunächst 1566 trotz wiederholter sächsischer Machenschaften den Erzbischof. Die Fortführung der langjährigen dynastischen Bindung sollte noch zu Lebzeiten Erzbischof Sigismunds durch die Erhebung von Markgraf Joachim Friedrich zum Koadjutor gewährleistet werden. Kurfürst August von Sachsen trat diesem Plan und wenig später, nach dem Tod Erzbischof Sigismunds, der projektierten Wahl Joachim Friedrichs zum Nachfolger mit größter Entschiedenheit entgegen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Magdeburger Domkapitel, dem der Kurfürst insbesondere die für die Wahlfreiheit nachteiligen Konsequenzen einer mit der Erhebung des verlobten Joachim Friedrich drohenden Säkularisierung vor Augen führte, sowie mit Kurfürst Joachim II. unter anderem über einen Teilungsplan für das Erzstift erbrachten kein positives Ergebnis. Auch die zahlreichen Intrigen konnten die Wahl Joachim Friedrichs im Oktober 1566 nicht verhindern.

Erfolgreicher war Kurfürst August im Bestreben, die Kurbrandenburger Ambitionen auf Magdeburg zu unterminieren, auf anderer Ebene: Seine bei Kaiser Maximilian II. schon im Vorfeld der Wahl eingeleiteten Machenschaften konnten die Entscheidung für ein Mitglied aus dem Haus Hohenzollern zwar nicht verhindern, wohl aber veranlaßten sie zunächst eine Anweisung des Kaisers an die Magdeburger Domherren, in freier Wahl einen *qualifizierten*, dem Kapitel angehörenden Kandidaten zu benennen, ansonsten werde er dem Electus die Regalien nicht verleihen. Die Anweisung erreichte das Domkapitel erst nach der Wahl, doch war klar, daß Joachim Friedrich als bereits verlobter Protestant den kaiserlichen Anforderungen in keiner Weise entsprach. Infolgedessen gelang es dem kursächsischen Gesandten in Zusammenarbeit mit Reichsvizekanzler Zasius, Kaiser Maximilian zwar nicht zum Widerruf der Wahl, jedoch zur Ablehnung der Regalienvergabe ohne vorausgehende päpstliche Konfirmation zu bewegen.³⁸ Der Kaiser verweigerte noch im November 1566 gegenüber einer Magdeburger Gesandtschaft die regelrechte Belehnung Joachim Friedrichs mit den Regalien und darüber hinaus auch die Vergabe eines Lehnsindults zur weltlichen Administration des Hoch-

stifts. Er erklärte, das Domkapitel wie während einer Sedisvakanz weiterhin als Obrigkeit des Erzstifts zu betrachten. Dies war und blieb die rechtliche Ausgangslage bis 1582, und dies war damit der eigentliche Hintergrund des späteren Magdeburger Sessionsstreits. Es waren 1566 also nicht primär konfessionelle Gründe, die hinter der verweigerten Anerkennung Joachim Friedrichs durch den Kaiser standen, sondern die eigentliche Ursache war territorial- und machtpolitischer Art: Indem Kurfürst August von Sachsen seine ausgezeichneten Beziehungen zum Kaiserhaus spielen ließ, konnte er eine weitere Verstärkung des brandenburgischen Gewichts in Magdeburg unterbinden und mit der reichsrechtlich ungesicherten Stellung des vom Kaiser nicht anerkannten Administrators weitergehende Schritte in Richtung einer Säkularisierung zugunsten Brandenburgs verhindern.

Nur mit dieser vorrangig territorialpolitisch motivierten Sichtweise der Magdeburger Administratorenfrage ist zu erklären, daß gerade im Zeitraum seit 1566 die anderen, oben erwähnten Administratoren wie etwa Eberhard von Holle oder Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel Lehnindulte des Kaisers erhielten. Denn hätte der Kaiser schon 1566 strikt konfessionelle Maßstäbe bzw. das strenge Reichskirchenrecht zugrunde gelegt, so wäre die Verweigerung des Indults nicht nur für Joachim Friedrich, sondern ebenso für die übrigen protestantischen Administratoren ohne päpstliche Konfirmation unumgänglich gewesen.

4) Die territorialen Ambitionen Kursachsens in Richtung des Erzstifts Magdeburg, auf das Stift Halberstadt und auf die Lausitzen konnten nur mit Hilfe des Kaisers erfolgreich sein. Nicht zuletzt die territorialen Interessen waren es, die in diesen Jahren das stete Bemühen Kurfürst Augusts um ein gutes Verhältnis zum Kaiser und zu den führenden katholischen Ständen mit entsprechenden Konsequenzen für die kursächsische Reichs- und Konfessionspolitik bedingten. Die friedenserhaltende, um die Sicherung der Stabilität auf der Grundlage des Status quo von 1555 bemühte ‚konservative‘ Politik von Kurfürst August³⁹ kam auf fast allen Reichstagen innerhalb der eigenen Konfession in der Gegnerschaft zur offensiven Zielsetzung der Kurfürsten von der Pfalz unter anderem hinsichtlich des Geistlichen Vorbehalts zum Ausdruck, indem Kurfürst August wiederholt Aktionen um dessen Aufhebung boykottierte. Auch vor dem Reichstag 1582 sagte er gegenüber Kaiser Rudolf auf dessen Bitte hin zu, *das er dazue [zur Freistellung] nit helffen, sonder, so vill an ime, neuerungen verhuetten wölle*.⁴⁰ In der Instruktion für seine Räte zum Reichstag war festgehalten, die Freistellung im Sinne einer Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts sei ohne die gänzliche Zerrüttung des Religionsfriedens nicht möglich.⁴¹

Allerdings wurde eben dieses Thema – die Gültigkeit des Geistlichen Vorbehalts – in reichsrechtlicher Hinsicht mit der Session des Magdeburger Administrators direkt angesprochen, ja es ging bei der Debatte der Administra-

torenfrage immer um dieses Problem, da die katholischen Stände eine mögliche Zulassung des nicht konfirmierten und belehnten Markgrafen, welche die Anerkennung der Reichsstandschaft und damit des rechtmäßigen Besitzes eines Hochstifts in der Hand eines Protestanten dokumentiert hätte, als folgenschweres und beispielgebendes Präjudiz für die Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts interpretierten.

Diese Problematik führt uns zur Zielsetzung der katholischen Stände im Magdeburger Sessionsstreit, deren Auswertung eingeschränkt werden soll auf die Strategie einer 1582 noch kleinen, jedoch sehr engagierten katholischen ‚Aktionspartei‘, der vorrangig Herzog Wilhelm von Bayern, dessen Bruder Ernst als Bischof von Lüttich, Freising und Hildesheim sowie Bischof Julius Echter von Würzburg angehörten. Im Hintergrund stand als eigentlicher Drahtzieher der päpstliche Legat beim Reichstag, Kardinal Ludovico Madruzzo, der Bischof von Trient.

Madruzzo hatte schon vor dem Reichstag von 1576 in einem Gutachten für eine sehr offensive katholische Verhandlungsführung auch im Hinblick auf die Rückgewinnung verlorener Hochstifte plädiert, seine Absichten aber selbst an der Kurie noch nicht durchsetzen können.⁴² Dies gelang ihm erst 1582, als die Legation an den Reichstag zudem Madruzzo persönlich übertragen wurde. Ein von ihm entworfenes Gutachten als Basis für seine Instruktion⁴³ zielte wie 1576 darauf ab, die katholischen Stände zu einer aktiv vorgetragenen Politik gegen die Protestanten zu bewegen: Im Zentrum der Konzeption Madruzzos und der Kurie stand im Gegensatz zur Haltung auf den bisherigen Reichstagen seit 1555 nicht mehr die reaktive Abwehr protestantischer Angriffe auf den katholischen Besitzstand, sondern die offensive Darlegung der eigenen Beschwerden gegen die vielfachen Rechtsverletzungen der Protestanten bis hin zur Rückforderung der von diesen rechtswidrig okkupierten Hochstifte. Diese Strategie sollte auch dazu dienen, einem neuen protestantischen Vorstoß in Richtung der Freistellung mit der eigenen Attacke zuvorzukommen.⁴⁴

Beim Reichstag versuchte Madruzzo noch vor der Aufnahme der Hauptverhandlungen, die nach und nach ankommenden katholischen Fürsten für seine Planung zu gewinnen, deren erfolgreiche Umsetzung allerdings wegen der eher moderat erwarteten Haltung der protestantischen Stände, allen voran von Kurfürst August von Sachsen, gefährdet schien.⁴⁵ Doch bot dann – für Madruzzo eher überraschend – eben der erstmalige Versuch Magdeburgs seit der Wahl Joachim Friedrichs, die Session im Fürstenrat einzunehmen, für den päpstlichen Legaten den geeigneten Ansatzpunkt, um seine offensive Strategie bei den katholischen Ständen durchzusetzen: Er ergriff die Initiative gegenüber den Salzburger Räten, die die Brisanz der Magdeburger Session über den Streit um den Vorrang hinaus nicht erkannten, und veranlaßte sie zum grundsätzlichen Protest gegen die Magdeburger Teilnahme, und er war

es, der die anderen katholischen Stände, insbesondere den Herzog von Bayern und die Bischöfe von Würzburg und Lüttich, zu Aktivitäten ihrerseits anregte und damit schließlich die Einstellung der Hauptverhandlungen im Fürstenrat zuwege brachte. Vor allem Madruzzo war es, der gegenüber dem Kaiser mit dem Argument der präjudizierten Freistellung auftrat und die Prinzipienfrage nicht nur um die Zulassung protestantischer Bistumsadministratoren beim Reichstag, sondern um die weitere Geltung des Geistlichen Vorbehalts aufwarf. Er versuchte, seine rein konfessionell ausgerichtete Argumentation durchzusetzen gegen gemäßigtere Stimmen vorrangig auf kaiserlicher Seite, die gegen diese einseitige, von außen an das Reich herangetragene Perspektive ihre von der Realpolitik bestimmte Sichtweise ins Feld führte, die auf die aktuellen politischen Erfordernisse von Kaiser, Reich und Erblanden Rücksicht zu nehmen hatte, auf einen funktionsfähigen Reichstag angewiesen war und deshalb den Kompromiß suchen mußte.⁴⁶ Es war auch das Interesse des Reichs, das gegen die von Madruzzo verfochtene, kompromißlos konfessionspolitische Interpretation des Religionsfriedens stand.

Daß der Kompromiß auf dem Reichstag von 1582 ganz konkret zur Magdeburger Session nicht zustande kam, sei es durch die Zulassung der Gesandten namens des Domkapitels oder mit der einmaligen Duldung Joachim Friedrichs ohne Zugeständnisse für die Zukunft, konnte sich wiederum Madruzzo auf die Fahnen schreiben: Er war es, der den Kaiser recht deutlich auf dessen Eid zur Verteidigung der katholischen Religion, auf die Konkordate sowie auf die Autorität des Papstes hinwies und damit dazu bewog, das Vermittlungsdekret in der von den katholischen Ständen verschärften Form ohne weitere Verhandlungen mit der Gegenseite umzusetzen, also die künftige Zulassung Magdeburgs ausdrücklich von der päpstlichen Konfirmation abhängig zu machen. Dies veranlaßte, wie bereits erwähnt, die Abreise Joachim Friedrichs vom Reichstag.⁴⁷

Im Grunde war die Magdeburger Sessionsfrage für Madruzzo nicht mehr als ein Mittel zum Zweck, ein Mittel, das sich ihm überraschend anbot, um die Zielsetzung der römischen Kurie in Angriff zu nehmen, die 1582 darin bestand, die katholischen Stände im Reich für die Trendwende hin zur gegenreformatorischen Offensive zu gewinnen. Dies bedeutete im Hinblick auf den Geistlichen Vorbehalt, daß es nicht mehr darum ging, weitere katholische Verluste zu verhindern, sondern darum, an die Protestanten verlorene Hochstifte zurückzugewinnen. Das Feld für die systematische katholische Offensive gegen den Protestantismus sah Madruzzo im Kampf gegen alle neugläubigen Bistumsadministratoren, also auch gegen diejenigen, die aufgrund des Lehnsindults in einer besseren reichsrechtlichen Situation waren als Joachim Friedrich für Magdeburg. In diesem Sinn ersuchte er den Kaiser, künftig keine Indulte ohne vorherige päpstliche Konfirmation zu vergeben, um so zu gewährleisten, daß nur konfessionell zweifelsfreie Katholiken auf die Hochstifte

kämen.⁴⁸ Diese Forderung beinhaltete freilich ebenso wie die wiederholt angeprangerte Zulassung der evangelischen Stiftsinhaber von Halberstadt, Bremen und Verden zum Reichstag eine unverblünte Kritik am Kaiser wegen der Zuerkennung des Lehnsindults an die nicht konfirmierten Administratoren. Nicht nur auf dieser Ebene wird damit der dem Administratorenstreit immanente Konflikt zwischen den Interessen der Kurie und jenen von Kaiser und Reich deutlich.

Für den Reichstag bedeutete die Forderung Madruzzos, daß an die Stelle des bisher ausreichenden Indults die vollwertige Belehnung der geistlichen Fürsten als reichsrechtliche Teilnahmebedingung getreten wäre, die ihrerseits die päpstliche Konfirmation voraussetzte und auf diese Weise das katholische Bekenntnis sicherstellte. Dies war nach Ansicht Madruzzos eines der unabdingbaren Erfordernisse, um dem Verlust weiterer Bistümer und damit einem Untergang des Katholizismus im Reich vorzubeugen.

Diese Gefahr sah Madruzzo ebenso wie andere katholische Fürsten auf politischer Ebene im Zusammenhang mit der Administratorenfrage unmittelbar an die Mehrheitsverhältnisse beim Reichstag geknüpft. Aufgrund der konfessionellen Parität im Kurfürstenkolleg war es vor allem die Gewichtung im Fürstenrat, die bei religionspolitisch umstrittenen Entscheidungen den Ausschlag gab, und diese fiel bisher wegen der zahlreichen Stimmen geistlicher Stände eindeutig zugunsten der Katholiken aus. Deren Mehrheit im Fürstenrat war zumindest gefährdet, wenn zunehmend mehr protestantische Administratoren als nominelle Mitglieder der geistlichen Fürstenbank sich bei den Abstimmungen den protestantischen Ständen anschließen würden. Dieser Umstand war vor allem auf seiten der weltlichen katholischen Stände wie Bayern ein zentrales Argument gegen die Zulassung der Magdeburger Session.⁴⁹ *Der Kampf um das Sessionsrecht war also zugleich auch ein Kampf um die Majorität im Fürstenrat und damit um die Möglichkeit, die Reichsgesetzgebung nach den eigenen Vorstellungen lenken zu können.*⁵⁰ Noch beim Frankfurter Ligatag von 1613 führten die bayerischen Gesandten als Hauptargument gegen die Session der neugläubigen Hochstiftsadministratoren an, dies würde die Zahl der protestantischen Stimmen im Fürstenrat um 18 oder 19 und hiermit auf die Mehrheit erhöhen.⁵¹ Ob tatsächlich eine gänzliche Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse im Fürstenrat zu erwarten stand, ist nur bedingt feststellbar, doch in jedem Fall schwächte das Fehlen der reformierten Hochstifte die Position der protestantischen Stände auf dem Reichstag unstrittig. Dies wurde an der Magdeburger Frage erstmals 1582 deutlich. Deshalb gab im Anschluß an den Reichstag auf protestantischer Seite hauptsächlich die Sessionsverweigerung den wesentlichen Anstoß für eine grundlegende Diskussion der Verfahrens- und Abstimmungsmodalitäten im Fürstenrat, da man für die Zukunft wegen der mit dem Ausschluß 1582 festgefüigten Mehrheitsverhältnisse keine Chance sah, die eigenen Interessen gegen die

katholischen Stände in irgend einer Form durchsetzen zu können. Die zur Abhilfe angeregte Forderung nach dem dezisiven Einzelstimmrecht für alle Reichsstädte, die ja mit wenigen Ausnahmen protestantisch waren, hatte in dieser Radikalität allerdings keine Aussicht auf die praktische Verwirklichung.⁵²

Am weitesten ging Madruzzo in der Darlegung seines Programms beim Reichstag 1582 gegenüber den geistlichen Fürsten.⁵³ Er kritisierte nicht nur die widerstandslose Aufgabe der sächsischen Bistümer sowie von Verden und Magdeburg, der nunmehr der Verlust von Lübeck, Halberstadt, Minden, Osnabrück, Paderborn und Bremen zu folgen drohe, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden, sondern er forderte darüber hinaus die Veranlassung von Neuwahlen in Hochstiften, wo Kandidaten ohne päpstliche Konfirmation amtierten. Dies implizierte natürlich die Absetzung aller derzeitigen protestantischen Administratoren. Zudem sollten die geistlichen Stände beim Kaiser Verhandlungen zur Restitution aller seit 1552 protestantisierten Hochstifte einleiten.

Dies war auf reichspolitischer Ebene das Maximalprogramm der katholischen Gegenreformation, hier formuliert aus der Außenperspektive der Kurie⁵⁴ ohne Rücksicht auf die Entwicklung im Reich seit dem Augsburger Frieden von 1555, ohne Rücksicht auch auf die politischen Umstände und Zwänge, die im Reich den Kompromiß verlangten, um den inneren Frieden zu sichern. Diese Intention war es, die führende Stände beider Konfessionsparteien, namentlich Kurmainz und Kursachsen, zur defensiven Ausrichtung ihrer Politik, zur Kooperation statt zur Konfrontation veranlaßte. Deutlich formuliert wurden die politischen Zwänge im Reich zudem in der Antwort der geistlichen Fürsten, die sich diesen Realitäten zu stellen hatten: Die von Madruzzo geforderte Restitution der Hochstifte sei nicht zu bewerkstelligen, ohne eine umfassende politische Krise auszulösen, die den Bestand aller katholischen Stände und des Reichs insgesamt gefährden würde. Sie stimmten mit Madruzzo nur darin überein, daß der Kaiser künftig keine Indulte vor der päpstlichen Konfirmation verleihen sollte.⁵⁵

In dieser Richtung erzielte Madruzzo insofern einen Teilerfolg, als der Kaiser das Ansuchen von Administrator Heinrich Julius von Halberstadt um einen Indult für Minden, wo er kurz vor dem Reichstag ebenfalls zum Administrator postuliert worden war, zurückwies. Die Aufnahme von Minden in den Reichsabschied erfolgte mehr oder weniger versehentlich und in sehr abgeschwächter Form in direkter Verbindung mit Halberstadt.⁵⁶ Später allerdings wurde das Versprechen nicht mehr durchgehend beachtet, wie Indulte für Angehörige des Hauses Holstein-Gottorp als Administratoren von Bremen und Lübeck oder 1589 für Philipp Sigismund von Braunschweig-Wolfenbüttel als Administrator von Osnabrück und Verden zeigten.⁵⁷

Festzuhalten bleibt hingegen, daß die Verschärfung des konfessionspoliti-

schen Klimas seit 1582 nicht zuletzt eine Folge des Magdeburger Streits und dessen Intensivierung durch Madruzzo und die katholische Aktionspartei war. Der Ausbruch des Magdeburger Sessionsstreits gerade beim Reichstag von 1582 kam zustande durch das mehr oder minder zufällige Zusammentreffen zweier gegensätzlicher Zielsetzungen: Auf der einen Seite beabsichtigte Joachim Friedrich von Magdeburg, seine seit 16 Jahren ungesicherte reichsrechtliche Stellung mit der Session im Fürstenrat via facti klarzustellen. Er lieferte damit unwillkürlich die konkrete Situation, an der Ludovico Madruzzo sein konträres Programm festmachen konnte: Erst der Versuch zur Durchsetzung der Magdeburger Session bot ihm den willkommenen Anlaß, um der katholischen Offensive beim Reichstag zum Durchbruch zu verhelfen. Standen hinter der Verweigerung der kaiserlichen Anerkennung im Jahr 1566, wie erwähnt, keine konfessionspolitischen Motive, sondern die territorialpolitisch begründete Intervention Kurfürst Augusts von Sachsen, so traf der Sessionsanspruch im Jahr 1582 auf ein sich veränderndes reichspolitisches Klima. Der wesentliche Anstoß dazu kam 1582 von außen, indem die dogmatische konfessionelle Sichtweise der führenden katholischen Stände des Fürstenrats vom Vertreter der Kurie in die Beratungen eingebracht wurde.

5) Auf dem Hintergrund der intensiven katholischen Aktivitäten überrascht um so mehr, daß die protestantische Seite im Magdeburger Streit auf dem Reichstag 1582 wenig Engagement zeigte. Es unterblieb nicht nur die vom Kaiser befürchtete Solidarisierung mit dem Magdeburger Administrator, die über den vorübergehenden, von den katholischen Ständen des Fürstenrats praktizierten Verhandlungsboykott hinaus die Abreise führender protestantischer Fürsten zusammen mit Joachim Friedrich und damit die Zerschlagung des Reichstags hätte erwarten lassen. Indessen wurde ein solch einschneidender Schritt nicht einmal erwogen, ja die Thematik insgesamt kam im Sonderrat der protestantischen Stände, an dem im übrigen weder Magdeburg noch andere Bistumsadministratoren teilnahmen, nicht zur Sprache.⁵⁸ In den protestantischen Korrespondenzen wird der Streit nur sehr knapp und summarisch angesprochen, ohne Konsequenzen für das Verhalten beim Reichstag daraus abzuleiten. Lediglich Kurfürst Johann Georg von Brandenburg bildete aus verständlichen Gründen wegen der eigenen dynastischen Absichten auf das Erzstift Magdeburg eine Ausnahme und wies seine Räte an, vor einer positiven Klärung der Administratorenfrage dem Kaiser in puncto Türkensteuer nichts Abschließendes zu bewilligen.⁵⁹ Ansonsten drückt eine der wenigen Stellungnahmen aus, der Streit sei nicht von solch großer Bedeutung, um seiner wegen die Beratung zur Proposition einzustellen.⁶⁰ Dies alles läßt vermuten, daß die wortführenden Protestanten die reichsrechtliche Tragweite dieses Gegenstands über die aktuelle Zulassung Magdeburgs hinaus entweder nicht gänzlich erkannten oder aber gezielt nicht zur Sprache bringen wollten.

Lediglich der Gesandte der Wetterauer Grafen, die ja im Hinblick auf die Versorgungsfunktion von Domkapitelstellen für die nachgeborenen Söhne ein besonderes Interesse an der Freistellung hatten, kritisierte, man habe beim Reichstag *herliche gewünschte gelegenheit gehabt, was guts außzurichtenn, vornemblich der magdeburgischen session halben*. Daß diese Chance nicht genutzt wurde, habe Kurfürst August von Sachsen zu verantworten, *der gemeiner ruhe halben gerne alles gut sehe und einen papisten so wohl und viel courtisirt alß etwa einen andern*.⁶¹ Auch Georg Asmus Schregel, ein Rat Pfalzgraf Johann Casimirs von Lautern, gab die Schuld am Ausgang des Sessionsstreits eindeutig dem Kurfürsten von Sachsen: Da der Kaiser es nicht erreicht habe, Administrator Joachim Friedrich zur Aufgabe der Session zu veranlassen, *hats Saxen zuwegen bracht und gemacht, das er heut darvonzogen und sein session im furstenrat begeben hat*.⁶² Bestätigt wird diese Darstellung von den Kurbrandenburger Räten: Kurfürst August habe das Vermittlungsdekret des Kaisers ihnen gegenüber als nicht akzeptabel für Administrator Joachim Friedrich deklariert und angeregt, *das darumb sein f. Gn. nunmher verrücken möchten*.⁶³

Natürlich lassen sich diese Vorwürfe mit den schon erwähnten, eigenen Ambitionen von Kurfürst August auf Magdeburg erklären. Das Verhalten beim Reichstag reiht sich aber ebenso ein in die bereits erwähnte Gesamtausrichtung der Reichspolitik des sächsischen Kurfürsten, die sich im Interesse der guten Beziehungen zum Kaiser nicht nur 1582 gegen offensive Tendenzen innerhalb der eigenen Konfession um ausgleichende Vermittlung bemühte. Und ganz aktuell war das Wohlwollen des Kaisers wichtig, um die erst 1581 – angeblich mit kaiserlicher Rückendeckung – vollzogene Übertragung der Regierung des Hochstifts Meißen an seine Person und damit wenn nicht die nominelle territoriale Inkorporierung, so doch die faktische Angliederung an den Kurstaat als geduldeten Verstoß gegen den Geistlichen Vorbehalt sicherzustellen.⁶⁴

IV.

Beim Reichstag von 1582 verursachte die Magdeburger Sessionsfrage zwar beträchtliche Störungen, die sich aber, was die Verhandlungen in den Kurien betrifft, auf die Anfangsphase beschränkten. Der Reichstag insgesamt blieb funktionsfähig und konnte mit einem für den Kaiser positiven Ergebnis auch hinsichtlich der Türkensteuer erfolgreich zu Ende geführt werden. Dies war in erster Linie dem Engagement einer Mittelpartei, insbesondere der geistlichen Kurfürsten und Kurfürst Augusts von Sachsen, zu verdanken, die noch imstande war, die konfessionspolitischen Polarisierungen abzufangen. Allerdings wurden die dem Magdeburger Streit zugrunde liegenden Probleme 1582 nicht einmal in Ansätzen geklärt, vielmehr stand die Sessionsberechtigung protestantischer Bistumsadministratoren in rechtlich und politisch unveränderter Weise auch künftig zur Debatte. Deshalb ist hier zu fragen nach der Weiterentwicklung und vor allem den Konsequenzen des Magdeburger Sessionsstreits für Reichspolitik und Reichsverfassung, im einzelnen nach den Auswirkungen auf deren zentrale Organe, Reichstag und Reichskammergericht.

Bis zur Einberufung des nächsten Reichstags vergingen nach 1582 zwölf Jahre – die längste reichstagslose Zeitspanne des gesamten 16. Jahrhunderts, für die zu einem beträchtlichen Teil die nicht bereinigten Problemfelder der Reichsversammlung von 1582 verantwortlich waren. Das Ausschreiben eines neuen Reichstags erfolgte erst, als der Ausbruch des Großen Türkenkriegs 1593 die Erhebung einer neuerlichen Türkenhilfe für den Kaiser unabdingbar machte. blieb mit dieser Verzögerung die Frage der Magdeburger Session beim Reichstag für längere Zeit offen, so kam sie noch zuvor beim zweiten wichtigen Standbein der Reichsverfassung, dem Reichskammergericht, zum Tragen.

Die jährliche Visitation des obersten Reichsgerichts oblag einer Kommission, in die neben Verordneten des Kaisers jeweils sieben Reichsstände nach einem festen, zuletzt vom Reichstag 1566 fixierten Schema analog der Sessionsfolge beim Reichstag berufen wurden.⁶⁵ Danach hätte im Jahr 1588 für die geistlichen Fürsten der Erzbischof von Magdeburg an der Visitation teilnehmen sollen. Es ergab sich somit die im Grunde gleiche Problemstellung wie beim Reichstag, die in den Korrespondenzen vor allem der katholischen Stände wiederholt und ganz dezidiert formuliert wurde: Die Teilnahme an der Visitation des höchsten Reichsgerichts setzte den Status als Reichsstand voraus, eine Aufnahme Magdeburgs in die Kommission hätte folglich wie die Session beim Reichstag die indirekte Anerkennung der Reichsstandschaft des protestantischen Administrators bedeutet und nach der katholischen Interpretation die Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts präjudiziert. Damit würde *die freystellung mitt offner thür eingefüert unnd allen catholischen ertz- und stifften der garauß gemacht*.⁶⁶

Die Problemlage thematisierte Kurfürst Wolfgang von Mainz, der in seiner Funktion als Reichserzkanzler die jährliche Visitation auszuschreiben hatte, gegenüber dem Kaiser schon im Herbst 1587.⁶⁷ Auch verwies er darauf, daß in der Reihenfolge der geistlichen Fürsten nach Magdeburg dann Bremen folgen und es mit dem dortigen Administrator – Johann Adolf von Holstein-Gottorp, wie Joachim Friedrich von Magdeburg ebenfalls noch ohne Indult des Kaisers – den gleichen Konflikt geben würde. Eine einfache Übergehung Magdeburgs stellte also keine Lösung dar, ganz abgesehen davon, daß sie nicht ohne erhebliche Widerstände und Proteste abgegangen wäre, die ein gänzliches Scheitern der Visitation erwarten ließen. Schon frühzeitig wurde in der Korrespondenz zwischen Kurmainz und dem Kaiser als mögliche Konsequenz des Magdeburger Streits angesprochen, daß nicht nur die Kontrolle des Gerichts entfallen, sondern auch die Revision von dessen Urteilen blockiert würde, die ebenfalls Aufgabe der Visitationskommission als oberster Beschwerdeinstanz war. Zu erwarten standen Klagen der Reichsstände wegen Rechtsversäumnis und die damit begründete, etwaige Verweigerung des Kammerzieliers, des Beitrags zur Finanzierung des Kammergerichts, folglich schwerwiegende Beeinträchtigungen der Tätigkeit des Gerichts und eine kaum absehbare Krise der höchsten Reichsjustiz. Kaiser Rudolf II. sah darüber hinaus die Gefahr, im Gefolge der Proteste wegen der Übergehung Magdeburgs bei der Visitation könnten auch der Reichstag und mit diesem die unabhängigen Steuern der Reichsstände für die Türkenabwehr boykottiert werden.

Die Begründung in älteren Darstellungen für das Unterbleiben der Visitation des Jahres 1588 mit der eindeutig protestantischen Mehrheit innerhalb der Visitationskommission⁶⁸ – die kaiserlichen Verordneten, Kurmainz und die Prälaten als Katholiken, hingegen als Protestanten Kurbrandenburg, Magdeburg, Brandenburg-Ansbach, die Wetterauer Grafen und die Stadt Regensburg – wird weder in den Quellen bestätigt noch erscheint sie gegenüber den politisch sehr viel weiterreichenden Implikationen der Zulassung Magdeburgs plausibel. Daneben spricht nicht viel dafür, daß der Kaiser und Kurmainz wegen des einmaligen protestantischen Übergewichts 1588 die erwähnten, sehr tiefgreifenden Konsequenzen für das Reichskammergericht und die Reichsjustiz in Kauf genommen hätten. Denn mit dem weiteren normgerechten Verlauf der Visitationen nach 1588 hätte sich gemäß dem Schema von 1566 die Zusammensetzung der Kommission ja wieder verändert – für 1589 stand sogar eine katholische Mehrheit zu erwarten. Auch in den Gravamina der protestantischen Stände vom Reichstag 1594 heißt es, es sei *unverborgen, daß solche einstellung [der Visitation] einzig von wegen deß Herrn Administratorn zu Magdenburg geschicht*,⁶⁹ und der kaiserliche Geheime Rat stellte fest, die spätere Übertragung der Visitation an den Reichsdeputationstag habe nur gewählt werden müssen, weil *damit alle sessionscontroversiae umgangen und beiseits gestellt werden*.⁷⁰

Es war erneut die Magdeburger Session, die sich als zentrales Element im Konflikt zwischen reichspolitischen Erfordernissen einerseits – einer funktionsfähigen Reichsjustiz – und erheblichen konfessionspolitischen Konsequenzen andererseits erwies.

Zur Lösung dieses Konflikts verlegte sich Kaiser Rudolf für die Visitation von 1588 fürs erste auf den aufschiebenden Ausweg: Sie wurde für ein Jahr suspendiert, begründet mit der Kriegsgefahr an der westlichen Reichsgrenze.⁷¹ Da sich die Zusammensetzung der Kommission, wie sie für 1588 vorgegeben war, mit der jährlichen Stundung aber nicht veränderte, mußte dieser Ausweg – die jeweilige Suspendierung – auch in den kommenden Jahren praktiziert werden.⁷² Und dies, obwohl der Mainzer Kurfürst schon 1589 einwandte, die Justiz *alß vast daß aintzig noch übrig bandt im Reich, die stendt bey- und neben-einander zuhaltten*, werde dadurch schwer beeinträchtigt.⁷³

Die sich abzeichnende Krise der Reichsjustiz konnten weder der Kaiser noch der Mainzer Kurfürst als Reichserzkanzler auf sich beruhen lassen. Ging es zunächst darum, sich gegenseitig die Verantwortung für eine Entscheidung zuzuschieben – Kurfürst Wolfgang erbat vom Kaiser Verhaltensregeln, da er *vor mich selbstn ohngern ichtwaß hierunder vornemen wolte, das mir bei einem oder dem andern zu unfreuntlichem verwiß geraichen moge*, Kaiser Rudolf forderte seinerseits eine Stellungnahme des Kurfürsten, *zumal weyl dise verrichtung sonderlich deroselben ambt berüret*⁷⁴ –, so wurden dann weitere katholische Stände einbezogen, um mit deren Gutachten die Visitation wieder in Gang bringen zu können.⁷⁵ Die dabei diskutierten Lösungs-

Der Kaiser im Dilemma zwischen konfessionspolitischen Konsequenzen und reichspolitischen Notwendigkeiten (Abb. Seite 28):

Was nuhn die beschreibung aines und des andern person betrifft, befinden wir in erwegung der sachen auf baide fäll, der erforderung oder auch ubergehung, nit schlechte difficulteten. Dann da Magdenburg jetzo solte zur visitation beschriben werden, so were gedachtem marggrafen eben das jhenig tacite eingeraumpt, das sein L. unnd andere confessions verwandten auff jungstem reichstag mit großem eyffer und ungestüm gesuecht haben, und wurde kunfftig wider den religion Friden und alle gaistliche stendt zu unwiderpringlichem eingang und praeiudicio von inen angezogen und practicirt werden. Uebergehet man aber sein L., so ist die gefahr dabey, das sich dieselbig nit allain bey der visitation unnd khunfftigem reichstag beschweren unnd dagegen protestiern wurd, sonnder es köndte sich auch leichtlich zutragen, das sich die visitation gantzlich zerstoßen unnd unns an haltung eines Reichs tags unnd erlangung nottwendiger hilffen dardurch nicht schlechte verhinderung beggennen möchte. Wie aber demselben [sei]: Dieweil das letzter ubel unnsers ermessens treglicher als das erste, unnd villeicht auch so hoch daran nit gelegen sein wurd, wann schon die visitation auff ain jahr nit vortgengig, so weren wir der mainung, es solt peßer sein, den hochgefehrlichen eingang zur freystellung als des marggraven oder auch des von Holstain [sc. als Administrator von Bremen] unwillen zufliehen.

ansätze glichen jenen, die bereits für die Zulassung zum Reichstag angesprochen worden waren und deshalb kaum weiterführen konnten:

a) Die Erwägung, die Visitatoren namens der Domkapitel und nicht der Administratoren in die Kommission zu berufen. Sie wurde verworfen, da die Mitglieder der Domkapitel ebenfalls fast durchgehend protestantisch waren und folglich ebenso ein dezidiert protestantisches Hochstift die geistlichen Stände vertreten hätte wie bei der Beteiligung der Administratoren. Auch befürchtete man, konkret Joachim Friedrich von Magdeburg würde sich damit nicht zufrieden geben, sondern, wie er beim Kaiser schon hatte andeuten lassen, Protest einlegen und das Problem mit Unterstützung anderer Glaubensgenossen zu einer umfassenderen politischen Krise ausweiten.⁷⁶

b) Die offensiven katholischen Fürsten wie Herzog Wilhelm von Bayern, Kurfürst Ernst von Köln oder Erzherzog Ferdinand von Tirol plädierten für die Radikallösung, die Übergehung der nicht konfirmierten und belehnten Stände wie Magdeburg und Bremen und die Berufung des nächstfolgenden katholischen Fürsten.⁷⁷ Dies hätte, angewandt auf den Reichstag, dem gänzlichen Ausschluß von Administrator und Kapitel entsprochen und die Negierung der Reichsstandschaft nicht nur des Administrators, sondern des gesamten Hochstifts als solchem impliziert, ohne freilich zu klären, wie dessen reichsrechtlicher Status dann definiert werden sollte. Die Erzbischöfe von Mainz und Trier und ebenso der Kaiser sahen die mit diesem Schritt verbundene Gefahr als Triebfeder für ein engeres protestantisches Bündnis bis hin zur Möglichkeit des gewaltsamen Eingreifens, insbesondere auf dem Hintergrund derartiger Bestrebungen 1591 im Torgauer Bund.⁷⁸

c) Von protestantischer Seite kam nur die Zulassung der Administratoren zur Visitation und damit deren reichsrechtliche Anerkennung in Betracht. In diesem Sinne brachte Joachim Friedrich im Juli 1591 bei einer der zahlreichen Bitten um die Belehnung am kaiserlichen Hof vorrangig nicht die eigenen Interessen, sondern jene von Kaiser und Reich ins Spiel, indem er den Fortgang der bereits im vierten Jahren wegen seiner fehlenden reichsrechtlichen Qualifikation unterbliebenen Visitation des Kammergerichts als eine Grundbedingung für die Friedenssicherung im Reich darstellte.⁷⁹

Ein Mittelweg, wie er beim Reichstag von 1582 diskutiert wurde, schien jetzt zumindest vordergründig nicht mehr gegeben. Auch dies ist ein Indiz für die Verhärtung des konfessionspolitischen Klimas zu Beginn der 1590er Jahre, die sich hier an der Magdeburger Problematik festmacht. Denn noch 1585 und 1586 waren mit Lübeck und Ratzeburg andere protestantische Hochstifte zur Visitation berufen worden, Bischof Eberhard von Holle nahm 1585 sogar persönlich daran teil.⁸⁰ Kurfürst Wolfgang von Mainz mußte in seiner schwierigen Position als überkonfessionell verantwortlicher Reichserzkanzler einräumen, ein regelrechter Ausschluß Magdeburgs von der Visitation sei nicht zuletzt deshalb kritisch, weil für die geistliche Bank Stände *augspurgischer*

*confession hiebevor auch hierzu beschrieben und gezogen worden.*⁸¹ Erst mit Verden, wo die Teilnahme an der Visitation 1587 mit dem Wechsel des dortigen Administrators zusammenfiel, wurde die Frage erstmalig problematisiert, freilich ohne viel Aufhebens gelöst, indem Salzburg als nächstfolgender katholischer Stand berufen wurde.⁸² Eine solche Lösung schien im Fall Magdeburgs nicht möglich, weil wohl wegen der Ereignisse beim letzten Reichstag die Protestanten hier wesentlich sensibler reagierten. Die konfessionspolitisch eindeutiger Linie am kaiserlichen Hof zeigt ein Bearbeitungsvermerk auf der ersten Mainzer Anfrage von 1587: *Wer nit regalia hat, soll nit beschrieben werden.*⁸³ Anders als noch beim Reichstag von 1582 gab der Kaiser hier seinen Standpunkt über den Parteien unmißverständlich auf und bezog eine dezidiert katholische Position: Er war es, der die Visitationen nach 1588 von sich aus absagte, und er war es, der 1591 unter Bezug auf den Bremer Administrator feststellte, ein Lehnsindult reiche zur Teilnahme an der Visitation nicht aus, sondern gefordert sei die päpstliche Konfirmation als Voraussetzung der Belehnung eines geistlichen Fürsten. Im Gegensatz zu dieser Auffassung hatten sowohl Kurmainz wie der Kaiser 1587/88 den Indult als ausreichende Qualifikation betrachtet,⁸⁴ und noch im September 1590 stellte der kaiserliche Rat Hans Christoph von Hornstein fest, *daß die beschreibung zur visitation nit annderst dann uf die jenige zuverstehen, welche ire confirmationes ordennlicher weiß erlangt oder von irer Mt. ein indultum zur administration der regalien erlangt und außbracht hetten.*⁸⁵ Die Verschärfung der reichsrechtlichen Voraussetzungen für die Beteiligung an der Kammergerichtsvisitation innerhalb einer kurzen Zeitspanne bestätigte sich wenig später beim Ausschreiben des nächsten Reichstags. Sie ist wohl eine Reaktion auf die krisenhafte Entwicklung der Jahre 1590/91, die kurzzeitige Intensivierung der politischen Kooperation Kursachsens unter Kurfürst Christian I. (1586-1591) mit Kurpfalz nach der Sprengung des Frankfurter Deputationstags im Herbst 1590, der damit einhergehenden Gründung des Torgauer Bundes im Februar 1591 und des sich dabei abzeichnenden politischen Zusammengehens von Lutheranern und Calvinisten.

Was blieb, um einer Ausweitung der Justizkrise wegen der blockierten Visitation und Revision vorzubeugen, war lediglich eine Notlösung: Der Reichstag von 1594 übertrug die Visitation des Kammergerichts außerordentlich den Mitgliedern des Reichsdeputationstags, dem Magdeburg und andere Administratoren, deren Standschaft bestritten wurde, nicht angehörten. Ein Nebeneffekt war zudem, daß beim ordentlichen Deputationstag eine klare katholische Stimmenmehrheit von 13 zu 7 bestand. Der Deputationstag erledigte zweimal, 1595 und 1600/1601, die außerordentliche Visitation. Die für den Fortgang der Reichsjustiz wohl wichtigere Durchführung der Revisionen dagegen scheiterte an der bekannten Problematik des Vierklosterstreits, der letztlich zur Sprengung des Deputationstags führte.⁸⁶

Dies war keine direkte Konsequenz der strittigen Magdeburger Session, wohl aber stand Magdeburg mit der Einstellung der Visitation am Anfang der Entwicklungskette bis hin zur Lähmung der Kammergerichtsjudikatur in Religionssachen. Die ganz erhebliche, trotz anderer Problemfelder wie dem Vierklosterstreit noch fortdauernde Bedeutung des Magdeburger Streits für die Krise der Reichsjustiz zeigen die weiteren Versuche zu deren Beilegung, die, wie etwa ein Gutachten von kaiserlicher Seite vom Oktober 1603,⁸⁷ unter anderem die Lösung der Administratorenfrage zu einer Grundbedingung dafür machen. Auf dem Nürnberger Kurfürstentag von 1611 wurde bei der Beratung zur Reichsjustiz neben dem Vierklosterstreit die Magdeburger Sache als das zentrale Hindernis für die Hebung der Kammergerichtsjudikatur deklariert. Kurpfalz forderte explizit die Wiederaufnahme der ordentlichen Visitation mit der Beteiligung der evangelischen Administratoren.⁸⁸

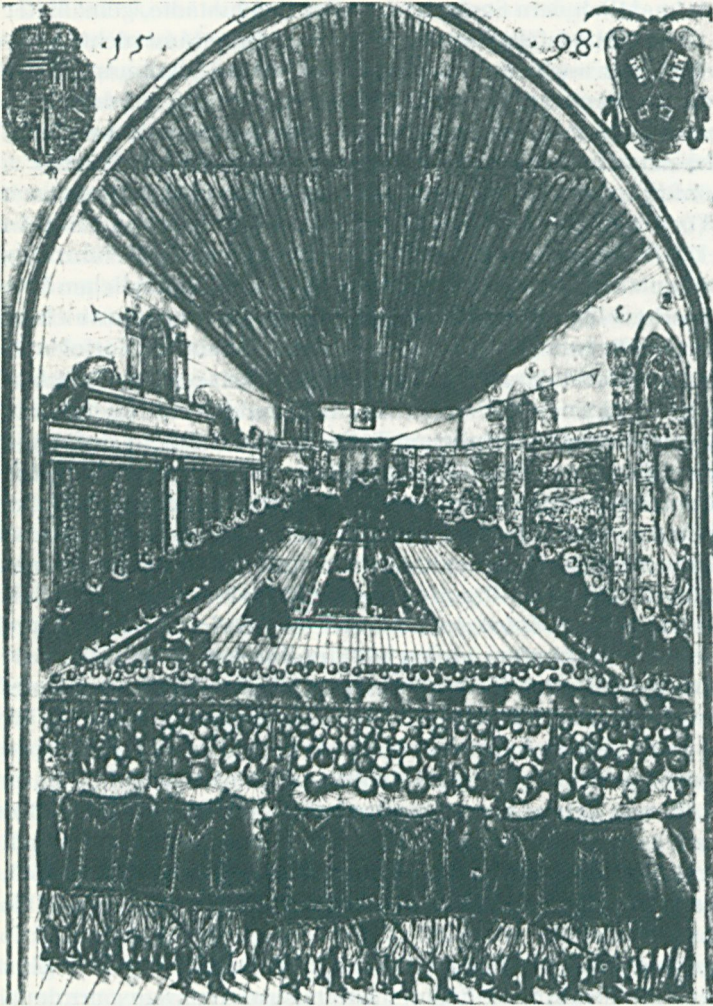
So bleibt festzuhalten, daß als die offensichtlichste Konsequenz des Magdeburger Sessionsstreits auf dem Gebiet der Reichsjustiz die ordentliche Visitation des Reichskammergerichts letztmals 1587 durchgeführt werden konnte und anschließend für alle Zukunft an der Magdeburger Frage und den damit zusammenhängenden reichsrechtlichen Implikationen scheiterte. Die außerordentlichen Visitationen, wie sie an der Wende vom 16. zum 17. und zweimal im 18. Jahrhundert stattfanden, konnten die regelmäßige ordentliche Überprüfung nicht ersetzen. Zudem blieben mit den Visitationen die Revisionen unerledigt: Bis zum Jahr 1607 waren mehr als 150 aufgelaufen, bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts etwa 2000. Damit aber wurden zugleich 2000 Urteile des Kammergerichts nicht rechtskräftig.⁸⁹ Dies trug als indirekte Konsequenz des Magdeburger Streits ganz wesentlich dazu bei, daß das Reichskammergericht erheblich an Autorität und politischer Bedeutung einbüßte und andererseits der Reichshofrat des Kaisers an Gewicht gewann.⁹⁰

Wie bereits erwähnt, und damit kommen wir zum Reichstag zurück, blieb der Magdeburger Sessionsstreit für die eigentlichen Verhandlungen der Reichsversammlung von 1582 relativ folgenlos. Freilich zeigte der Verlauf des Streits schon 1582, daß die Sessionsfrage der protestantischen Bistumsadministratoren zu einem entscheidenden Kriterium für das Gelingen oder Scheitern des Reichstags werden konnte. Dies betraf nicht nur die für den Kaiser sehr hinderliche Verzögerung der Verhandlungen zu seinen Steuerforderungen: 1582 wurde die Beratung für annähernd zwei Wochen unterbrochen, 1594 verzögerte die Magdeburger Sessionsproblematik schon die Eröffnung des Reichstags für 16 Tage und unterband dann die Verhandlungen zur Türkensteuer noch einmal für zwölf Tage. Es ging dabei nicht um vordergründigen Zeit- und Geldverlust, sondern mit jeder Verzögerung war die Gefahr einer gänzlichen Steuerverweigerung verbunden. Für das Verhalten des Kaisers resultierte aus dieser Belastung die Konsequenz, in anderen kritischen

Bereichen, 1582 namentlich dem Steuerboykott der Reichsstädte, gemäßiger vorzugehen, um die Funktionsfähigkeit des Reichstags insgesamt nicht zu gefährden.⁹¹ Denn 1582 war auch deutlich geworden, daß am Sessionsstreit der Reichstag zerbrechen konnte, wenn die katholischen Stände auf dem Ausschluß der protestantischen Administratoren oder die protestantischen Stände auf deren Zulassung als Bedingung für die eigene Teilnahme beharrten.

Dies galt es künftig zu bedenken, wollte man die aufgrund der dramatisch anwachsenden Türkengefahr unabdingbaren Reichshilfen nicht a priori in Zweifel stellen. Der Kaiser mußte einen Weg finden, um einer Gefährdung des Reichstags wegen dieses Konflikts vorzubeugen und einer möglichen Verknüpfung der Steuerbewilligung mit der Klärung dieser Frage auszuweichen. Angestrebt wurde eine Regelung auf quasi informeller Ebene im Vorfeld der Reichstage, die in Anbetracht der ad hoc kaum zu lösenden reichsrechtlichen Grundproblematik nur darin bestehen konnte, die Administratoren mit dem tragfähigen Argument der offensichtlichen Bedrohung des Reichs durch die Türken zum freiwilligen Verzicht auf die Teilnahme zu bewegen; also gütliche Verhandlungen vor dem Reichstag, um die dortigen Beratungen von der Administratorenfrage zu entlasten, ohne jedoch deren eigentliche Klärung zu betreiben. Der Sessionsstreit sollte, um die Funktionsfähigkeit des Reichstags als Grundbedingung für die Bewilligung einer Türkensteuer zu gewährleisten, lediglich *derzeit auf ein seitten gestellt* werden.⁹² Derlei Verhandlungen durch kaiserliche Gesandtschaften im Vorfeld des Reichstags und noch am Reichstagsort vor der Eröffnung der Versammlung wurden 1594 unter anderem mit Magdeburg geführt, verstärkt dann vor dem Reichstag von 1597/98. Der Kaiser hatte damit wechselnden Erfolg. Zwar verzichteten zunehmend mehr protestantische Administratoren freiwillig auf die Anwesenheit beim Reichstag – 1597/98 war keines der evangelischen Hochstifte präsent, 1603 Minden und Magdeburg nur anfänglich, um nach längeren Debatten noch vor der Eröffnung der Hauptverhandlung wieder abzureisen.⁹³ Dennoch spielte die Thematik als solche direkt oder indirekt auf allen Reichstagen bis 1613 eine gewichtige Rolle.

Die oben angesprochene konfessionspolitische Verschärfung zu Beginn der 1590er Jahre zeigte sich hinsichtlich der Administratorenfrage ganz deutlich beim Ausschreiben des Reichstags von 1594: Waren bis 1582 für die evangelischen Hochstifte mit Ausnahme Magdeburgs die Inhaber persönlich zur Reichsversammlung geladen worden, so ging das Ausschreiben erstmals 1594 und ebenso vor den folgenden Reichstagen auch für Bremen, Lübeck, Verden, Osnabrück, Halberstadt und Ratzeburg an die Domkapitel,⁹⁴ um auf diesem Weg die reichsrechtlichen Defizite der Administratoren zum Ausdruck zu bringen, die nunmehr trotz des zumindest teilweise vorhandenen Lehnsindults für die Teilnahme am Reichstag nicht mehr qualifiziert erschienen. Am kaiserlichen Hof wurde dieser Schritt damit begründet, *das die angegebne*



Sitzung des Reichstags 1598 in Regensburg (kolorierter Kupferstich, 1598):
 An der Stirnseite der Kaiser auf dem Thron. Links und rechts davon sitzen die
 Kurfürsten, auf der rechten Längsbank (im Bild links) die geistlichen Fürsten, auf der
 linken Längsbank die weltlichen Fürsten, dem Kaiser gegenüber die übrigen
 Ständegesandten und die Vertreter der Reichsstädte.

[Aus: Rosemarie Aulinger, Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert. Beiträge zu
 einer typologischen Analyse schriftlicher und bildlicher Quellen, Göttingen 1980,
 Bildkatalog Abb. 20.]

*haupter derselben stift keines von der bapstlichen Heiligkeit confirmirt, noch auch doher von der ksl. Mt. belehnet worden. Und weil eben der ursach halb ein gleicher process mit dem primat und erzstift Magdeburg gehalten wird, so kan den ringern und wenigern kein neues gemacht werden.*⁹⁵ Genügte 1582 reichsrechtlich also noch der Lehnsindult für die Session beim Reichstag, so setzte Rudolf II. jetzt mit der regelrechten Belehnung zugleich die Konfirmation des Papstes voraus und entsprach hierdurch der Forderung, die der päpstliche Legat Madruzzo 1582 wegen der Lehnsindulte an ihn gerichtet hatte. Er stellte sich damit gegen die als Konsequenz des Religionsfriedens in der politischen Realität sich ergebende, überkonfessionelle Position des Kaisertums unmißverständlich auf die katholische Seite.⁹⁶ Die reichsrechtliche Duldung der bikonfessionellen Ordnung im Religionsfrieden, die sich mit dem Scheitern der Reunionsbemühungen, wie sie auf reichspolitischer Ebene letztmalig und gänzlich ergebnislos beim Reichstag von 1559 vorgetragen wurden,⁹⁷ realpolitisch rasch zur faktischen und dauerhaften Anerkennung entwickelte, bedingte im säkularisierten, von Rom gelösten Reich die sehr weitgehende Relativierung der kaiserlichen Funktion als Schutzherr der katholischen Kirche. Verlor das Kaisertum dadurch den mittelalterlichen Charakter als religiöse Instanz,⁹⁸ so mahnte beim Reichstag von 1594 eine Eingabe an Rudolf II. gegen das Sessionsrecht der protestantischen Administratoren eben diese Schutzfunktion mit der Aufforderung an, deren Ansprüche mit seiner Autorität als *defensor ecclesiae universalis* zurückzuweisen.⁹⁹ Rudolf II. kam dem mit den verschärften reichsrechtlichen Zugangsvoraussetzungen zum Reichstag bedingt nach; die gänzliche Zurückweisung der Session schien dagegen politisch nicht durchsetzbar.

Neben dem Verhalten des Kaisers belegt die mit der Administratorenfrage motivierte Kooperation auf beiden Seiten die 1594 gegenüber 1582 zweifellos verschärften konfessionspolitischen Rahmenbedingungen für den Reichstag: Magdeburg beabsichtigte, die protestantischen Stände in der Verweigerung jeglicher Verhandlungen vor der Zulassung zur Session, die als *eine allgemeine sache* deklariert wurde, zu einigen.¹⁰⁰ Kurfürst sah auf diesem Feld die willkommene Gelegenheit, die Beratung der Türkenhilfe davon abhängig zu machen und damit seine traditionell antikaiserliche Politik fortzusetzen. Auf katholischer Seite gaben zahlreiche Instruktionen ähnliche Verabredungen und Zusammenschlüsse in der Zurückweisung des Sessionsanspruchs der protestantischen Hochstifte vor, die grundsätzlich für die Gesandten aller evangelischen Stiftsinhaber und des weiteren für jene gelten sollte, die sich namens der Domkapitel anzeigten.¹⁰¹ Die größere Entschlossenheit zur Durchsetzung dieses Ziels manifestierte sich beim Reichstag in der bekannten Szene, als der Salzburger Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau am 13. Juli 1594 den Magdeburger Gesandten am Mantel von der Session auf der geistlichen Fürstenbank zu zerren versuchte und noch am gleichen Tag nicht

nur die geistlichen, sondern alle katholischen Stände im Fürstenrat und zudem die geistlichen Kurfürsten zum Verhandlungsboykott veranlassen konnte. Letztere, die 1582 noch ausgleichend gewirkt hatten, schlossen sich jetzt der katholischen Aktionspartei des Fürstenrats an und stellten wegen der Magdeburger Session die Beratungen zur Türkenhilfe ebenfalls ein.¹⁰² Die vermittelnde Position reduzierte sich 1594 neben Württemberg auf Kursachsen, das in der Person des Administrators Friedrich Wilhelm von Sachsen-Weimar-Altenburg als Vormund Christians II. nach dem erwähnten Intermezzo einer Annäherung an Kurpfalz unter Kurfürst Christian I. die kaisernahe Reichspolitik Kurfürst Augusts fortsetzte und in diesem Sinn gegen den konfessionspolitisch aggressiven Kurs von Kurpfalz auch im Zusammenhang mit der Magdeburger Session mäßigend zu wirken versuchte.¹⁰³ Noch beim Reichstag von 1603 beschieden die kursächsischen Gesandten den Magdeburger Verordneten, sie hätten mit dem freiwilligen Verzicht auf die Session *vernünftig undt weißlich gehandelt, dz wir [die Magdeburger] keine turbas machen, sondern uns accommodiren wollen*.¹⁰⁴

Auf beiden Seiten war 1594 klar, wesentlich klarer als noch 1582, daß es nicht nur um die Magdeburger Session ging, sondern grundsätzlich um die Beseitigung oder Durchsetzung des Geistlichen Vorbehalts auf diesem Weg. Daran gekoppelt waren machtpolitische Zielsetzungen, deren Brennpunkte zu einem beträchtlichen Teil dynastisch an das Haus Hohenzollern und damit an Joachim Friedrich von Magdeburg als künftigen Kurfürsten gebunden waren: so neben dem Besitz des Erzstifts Magdeburg im Straßburger Kapitelstreit, wo die protestantische Mehrheit des Domkapitels 1592 mit Johann Georg eben einen Sohn des Administrators von Magdeburg zum Bischof wählte, später dann in der umstrittenen Jülicher Erbfolge.

Insgesamt zeigt sich, daß die Administratorenfrage 1594 ganz essentiell für Mißerfolg oder Erfolg des Reichstags war: Zwar verzichteten die beiden Administratoren von Bremen und Lübeck sowie von Verden und Osnabrück nach der Verhandlungseröffnung auf ihre Session, nicht aber die Gesandten Joachim Friedrichs von Magdeburg, die erst später die Einsicht in die tatsächliche Unabdingbarkeit der Türkenhilfe und wohl auch die Schwächung der protestantischen Position mit dem Abweichen Kursachsens dazu bewegen konnte, die Session für diesmal aufzugeben. Das darüber ausgestellte Dekret garantierte allerdings, daß der Verzicht, der freiwillig, nur zu Ehren des Kaisers sowie in Anbetracht der großen Türkengefahr erfolge, dem Erzstift Magdeburg *an seinem standt, rechten und gerechtigkeiten, desgleichen ihr f. Gn. [Administrator Joachim Friedrich], waß dieselbe deßwegen tam in petitorio quam possessorio befuegt, unnachtheillig sein solle*. Damit war für die Zukunft dem Erzstift als solchem und ebenso Joachim Friedrich von Brandenburg als derzeitigem Inhaber weder im Hinblick auf die beanspruchte Reichsstandschaft (petitorio) noch auf den faktischen Besitz (possessorio) et-

was abgesprochen.¹⁰⁵ Freilich hatten die katholischen Stände gegenüber dem ersten Entwurf des Kaisers die diskreditierende Formulierung durchgesetzt, Joachim Friedrich habe die Session beim Reichstag *occupiren* lassen.¹⁰⁶

Das Dekret sicherte nur den Fortgang des Reichstags, eine Entscheidung des Streits war es nicht: Der Kaiser war weder den Vorstellungen der Katholiken gefolgt und hatte dem Erzstift Magdeburg die Session grundsätzlich aberkannt noch hatte er den reichsrechtlichen Anspruch Joachim Friedrichs als Administrator in irgend einer Form anerkannt. Doch obwohl oder gerade weil das Dekret eine Grundsatzentscheidung vermied, die ihrerseits weitere Auseinandersetzungen provoziert hätte, eben weil dieser suspensive Weg 1594 und in den folgenden Jahren am Beginn des 17. Jahrhunderts der einzig gangbare zu sein schien, wurde er bei den kommenden Reichstagen bis 1613 stets angewandt: Also jeweils freiwilliger, in einem Dekret niedergelegter Verzicht Magdeburgs auf die Session ohne Abbruch seiner Rechte.¹⁰⁷

Andererseits war und blieb die Administratorenfrage wegen der ausstehenden Lösung eine ständige Belastung für die Reichsverfassung und die Reichsversammlung. Sie bedingte unter diesem Aspekt bereits die lange Verzögerung der Einberufung des Reichstags nach 1582 und im Zusammenhang mit der wachsenden Türkengefahr zugleich die Suche nach Alternativen, um außerhalb des Reichstags an die Finanzhilfe der Stände zu kommen. Noch vor der Reichsversammlung von 1594 trat der Kaiser deshalb an die Partikularkreistage heran. Er wählte damit ein reichspolitisch neues Verfahren, das gegen die Funktion der Reichskreise als Institutionen der dezidiert inneren Friedenswahrung verstieß und reichsrechtlich nicht abgesichert war, da bei einer das gesamte Reich bedrohenden Gefahr nur der Reichstag das adäquate Forum darstellte.¹⁰⁸ Als 1595/96 der niedersächsische Kreis, in dem die meisten protestantischen Hochstiftsinhaber ansässig waren, unter der Führung des Wolfenbütteler Herzogs und gleichzeitigen Administrators von Halberstadt, Heinrich Julius von Braunschweig, das Ausschreiben eines Reichstags mit der Zielsetzung forderte, dort die Sessionsfrage zur Klärung zu bringen,¹⁰⁹ wurden in einer Reihe von Gutachten für den Kaiser erneut die Alternativen außerhalb des Reichstags, die geringere politische Brisanz versprachen, als mögliche Bewilligungsforen für die Türkenhilfe diskutiert. In erster Linie schienen die Partikularkreistage und der Reichskreistag als Substitutionsformen in Betracht zu kommen.

Doch wie der Reichstag mit der Session der Administratoren belastet war, so war es auch der Reichskreistag,¹¹⁰ sei es als periodische Tagungsform oder als permanente Einrichtung in der Funktion als Reichsausschuß ähnlich dem Reichsregiment. Zwar sahen einige Gutachten die Möglichkeit, die Problematik hier auszuklammern, indem jeder Kreis nur eine Gesamtstimme führte, die ohne Rücksicht auf die etwaige Abgabe durch einen eigentlich nicht zugelassenen Stand gelten sollte, hingegen erwartete der Geheime Rat des Kaisers

das Scheitern auch des Reichskreistages wegen der strittigen Zulassung protestantischer Hochstiftsinhaber. Noch akzentuierter betonte dies Reichshofratssekretär Andreas Hannewald, der, sieht man die Bemühungen des niedersächsischen Kreises, wohl nicht zu Unrecht befürchtete, es würden für die Deputiertenstellen zum Reichskreistag von einigen Kreisen gezielt Stände in der Absicht gewählt, deren bisher bestrittene Sessionsberechtigung beim Reichstag auf diesem Weg zur Anerkennung zu bringen.¹¹¹ Diese Situation ergab sich, weil bis 1597 Session und Stimme der protestantischen Administratoren auf Kreisebene ebensowenig in Frage gestellt wurden wie deren dortige leitende Funktion. So blieb die Stellung des Administrators von Magdeburg als zweiter ausschreibender Stand des niedersächsischen Kreises neben dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel – der in der Person von Herzog Heinrich Julius aber zugleich Administrator von Halberstadt war – trotz der zurückgewiesenen Session beim Reichstag unangetastet. Der Widerspruch zwischen Verweigerung der Standschaft auf Reichsebene und fortgesetzter Anerkennung auf Kreisebene wird spätestens im Gutachten Hannewalds sichtbar, da der Reichskreistag gerade die Gelegenheit bot, auf dem Umweg der Kreisvertretung die Reichsstandschaft zu dokumentieren. Daß der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel und der Administrator von Magdeburg als führende Stände des niedersächsischen Kreises diese Chance zu nutzen versucht hätten, dürfte außer Zweifel stehen. Dafür spricht zudem die Tatsache, daß beide Fürsten als Reaktion auf die Bitte des Kaisers, den Reichstag von 1597/98 nicht zu beschicken, vor der geplanten Einbeziehung aller protestantischen Stände diesbezügliche Beratungen des niedersächsischen Kreises veranlaßten.¹¹²

Die Debatte um den Reichskreistag und die daran deutlich werdende, widersprüchliche Stellung des Administrators von Magdeburg auf Reichs- und Kreisebene war es wohl, die den kaiserlichen Hof dazu bewog, die Korrespondenz mit dem Erzstift Magdeburg in dessen Funktion als kreisausschreibender Stand seit Herbst 1597 entgegen der bisher geübten Praxis nicht mehr an Joachim Friedrich persönlich als ‚Markgrafen zu Brandenburg‘ zu richten,¹¹³ sondern an das Magdeburger Domkapitel. Joachim Friedrich folgerte daraus die Absicht, man wolle ihn künftig nicht nur von Reichsversammlungen ausschließen, sondern ebenso vom niedersächsischen Kreistag¹¹⁴ und seine Standschaft auf diese Weise noch einen Schritt weiter negieren. Doch sahen der Kaiser und wohl auch die katholischen Stände, daß dieser grundlegende Eingriff insbesondere in einem fast durchgehend protestantischen Kreis wie dem niedersächsischen ohne schwerwiegende Konsequenzen nicht möglich war. Später bestätigte zunächst der Prager Friede von 1635 zwar den weiteren Ausschluß der protestantischen Hochstifte vom Reichstag, sicherte ihnen aber die Session beim Kreistag *wie vor diesem also auch künftig* zu. Ausdrücklich für die Stellung Magdeburgs im niedersächsischen Kreis wurde

wegen der *direction, voti und seszion dasjenige, wie es hergebracht, anerkannt*.¹¹⁵ Bei den westfälischen Friedensverhandlungen wehrten sich die protestantischen Stände gegen die von katholischer Seite eingebrachte Versicherung des Sessionsrechts auf Kreistagen, weil die evangelischen Hochstiftsinhaber ohnehin *unstreitig bißhero denselben beygewohnt*.¹¹⁶

In der politischen Realität konnte sich der in den erwähnten Gutachten angesprochene Reichskreistag als Alternative zum Reichstag als der tradierten und als kompetent geltenden Beratungsform auf Reichsebene nicht durchsetzen.¹¹⁷ Doch eröffnete sich hier, bei den Reichstagen von 1603 und 1608, speziell im Hinblick auf Magdeburg insofern eine Kompromißmöglichkeit, als dort seit 1598 das Domkapitel für den noch minderjährigen postulierten Erzbischof Christian Wilhelm die vormundschaftliche Regierung führte und das Ausschreiben zum Reichstag gemäß dem zuletzt gängigen Verfahren ohnehin an das Domkapitel ging. Damit stand als weiterer Punkt in diesem Problemkreis nunmehr die Sessionsfähigkeit der protestantischen Domkapitel zur Debatte.

Deren Zulassung schien sich als Kompromiß anzubieten, weil die Session der Magdeburger Gesandten namens des Domkapitels schon 1582 von den Räten Kaiser Rudolfs II. als Vermittlungsvorschlag zur Sprache gebracht worden war. Daneben stellt sich die Frage nach dem grundsätzlichen reichsrechtlichen Status des Erzstifts im engeren Sinn, nach dessen ungesicherter Reichsstandschaft als Territorium, wenn weder der vermeintliche Inhaber noch das Kapitel zu deren Ausübung befähigt erscheinen. Denn dem Kaiser konnte weder im eigenen noch im Interesse der Erhaltung des Reichs daran gelegen sein, daß mit dem Religionswechsel in einem geistlichen Fürstentum der Verlust der Reichsstandschaft einherging. Das Bestreben um deren Aufrechterhaltung zumindest *de iure* zeigt die Tatsache, daß der Kaiser die evangelischen Hochstifte weiterhin mit seinem Ausschreiben zu den Reichstagen einlud, selbst diejenigen, die längst in sehr enge Abhängigkeiten von weltlichen Dynastien geraten waren wie etwa Schwerin, Naumburg, Merseburg oder Kammin.¹¹⁸ Und nur mit dieser Funktion der Einladung zum Reichstag als Ausdruck der weiterhin bestehenden Reichsstandschaft und der Reichsunmittelbarkeit gegen etwaige Mediatisierungsversuche ist zu erklären, daß das Magdeburger Kapitel nach der langwierigen Debatte im Jahr 1603 um einen Sessionsverzicht zum folgenden Reichstag von 1608 wiederum beschrieben wurde, obwohl die Zurückweisung der Session *a priori* feststand.

Die sich aus der Einladung zum Reichstag und der anschließenden Verweigerung der Session ergebende Diskrepanz thematisierte Magdeburg wiederholt als stichhaltiges Argument für die eigenen Ansprüche. 1603 stellte das Domkapitel als widersprüchlich fest, jemanden zum Reichstag zu laden, aber doch *vor qualificirt oder habilitirt nicht zuhalten*, da zu Reichsversammlungen nur Reichsstände und *membra Imperii, so dafür erkandt undt gehalten*,

beschrieben werden.¹¹⁹ Auf dem Reichstag erklärten die Magdeburger Gesandten, daß das Ausschreiben per se *habilitatem et legitimationem in effectum* nicht breche.¹²⁰ Dagegen konnte die kaiserliche Seite 1603 nur mit der fadenscheinigen Differenzierung zwischen bloßer Anwesenheit und Session argumentieren. Der kaiserliche Rat Andreas Hannewald mußte eingestehen, das Magdeburger Kapitel habe sich mit der Gesandtschaft zum Reichstag aufgrund des Ausschreibens korrekt verhalten, doch bedeute dies noch keinen Sessionsanspruch, so wie die Aufnahme anderer Domkapitel in die Subskription früherer Reichsabschiede nicht deren Zulassung zur Session belege; vielmehr hätten sie dem Reichstag nur *beigewohnt*.¹²¹ Erzherzog Matthias stellte gegenüber dem Magdeburger Domkapitel fest, die *bloße beschreibung zum reichstag* könne auf die Zuerkennung von *session und stimm nit extendirt oder verstanden werden*,¹²² ohne aber zu erklären, warum dies so sei und warum das Ausschreiben an diese Stände dann eigentlich erfolge. Die Magdeburger Gesandten berichteten, daß sie in dieser Beweisführung *nicht die aller geringste motiv befinden können, warumb man bey diesem itzigen zustande nicht sollte können zugelassen werden*. Zuletzt blieb nicht die argumentativ gestützte Forderung zum Rücktritt von der Session, sondern nur das ‚Ermahnen, Flehen und Bitten‘ durch Erzherzog Matthias, freiwillig darauf zu verzichten.¹²³ Es war vor allem diese fragwürdige Abweisung des Domkapitels, die den Erzherzog zur Mahnung an Kaiser Rudolf II. bewog, einen Weg zu finden, wie Magdeburg und andere protestantische Hochstifte *endlich können zur session undt voto gelassen werden*, auch um wegen der fortgesetzten Zurückweisung selbst der Domkapitel die Reichsstandschaft der evangelischen Hochstifte insgesamt nicht weiter in Frage zu stellen und damit deren Dynastisierung und Mediatisierung durch weltliche Fürsten Vorschub zu leisten.¹²⁴

Die zugesagte Klärung der Sessionsfrage erfolgte trotz mehrfacher Debatten nicht: Weder anläßlich des Kurfürstentages zu Fulda 1606, bei dem die Instruktion Rudolfs II. entsprechend den Mahnungen von Erzherzog Matthias eine Zulassung der Domkapitel zur Session ansprach, um auf diese Weise die Administratoren persönlich gezielt ausschließen zu können,¹²⁵ noch beim Reichstag von 1608 oder bei der Wahl von Kaiser Matthias 1612, bei der die Thematik im Zusammenhang mit der Wahlkapitulation angesprochen wurde.

Im Gegenteil, im Gefolge der konfessionspolitischen Entwicklung verschärfte sich die protestantische Hochstiftsproblematik noch weiter. So stand beim Reichstag von 1608 aus katholischer Warte, der sich Erzherzog Ferdinand als Vertreter des Kaisers unvoreingenommen anschloß, nicht mehr die Anerkennung der Reichsstandschaft, sondern im Zusammenhang mit der Erneuerung des Religionsfriedens die Forderung nach Restitution und damit der faktische Besitz der protestantischen Hochstifte zur Debatte.¹²⁶

Die Session der protestantischen Administratoren erwies sich wiederholt als eines der wesentlichen Elemente im Prozeß der zunehmenden Konfessio-

nalisierung der Politik. Ein Lösungsansatz mußte versuchen, die enge Verflechtung von Religion und Politik auch hinsichtlich der Administratorenfrage zu durchbrechen. Deren ‚Entkonfessionalisierung‘ setzte allerdings voraus, die eingebundenen Ansprüche der römischen Kurie mit dem Konfirmationsrecht der Electi auszuschalten. Diese Notwendigkeit sahen nicht nur die protestantischen Administratoren, sondern auch die kaiserliche Seite zog eine ähnliche Konzeption zumindest in Betracht. Schon 1606 betonte die Instruktion des Kaisers für die Kommissare zum Kurfürstentag nach Fulda, es gehe bei der Anerkennung der Administratoren nicht um die Spiritualia und damit nicht um die Konfirmation des Papstes, sondern um die weltliche Verwaltung des Hochstifts, mithin nur um die Regalia. Demnach gehöre die Bestimmung über deren Sitz und Stimme beim Reichstag allein in den Kompetenzbereich von Kaiser und Reich.¹²⁷ Ganz ähnlich verwies das Magdeburger Domkapitel 1606 darauf, für die Teilnahme am Reichstag sei die *civile qualification* der Hochstifte ausschlaggebend, da dort politische, also temporale Probleme behandelt würden. Der Kaiser als weltliches Oberhaupt könne für diesen Bereich qualifizieren, wie seine Vorgänger dies mit der Erteilung von Lehnsindulten getan und damit Hochstiftsinhaber auch ohne päpstliche Konfirmation zugelassen hätten.¹²⁸ Ebenso hob die Eingabe des Magdeburger Erzbischofs Christian Wilhelm an die Kurfürsten und König Matthias während des Wahltags 1612 darauf ab, das Ansuchen um Belehnung oder Indult bedeute keinerlei Eintrag für die katholischen Stände, da *unser suchen nichts anders, dann ein temporalien- unndt politisch wergk concerniret, so mit der religion unndt geistligkeit nichts zuschaffen*.¹²⁹

Dem sei folgende Aussage gegenübergestellt: *Aber ich bekenne öffentlich, daß ich einen bedingten Indult auf Zeit, der einem augenscheinlichen Übel abhelfen soll, für keine Gewissenssache halte; der Indult ist weltlich; die Verwaltung geht auf das weltliche [!], wenn ich einem Weltlichen die weltliche Administration auf Zeit überlasse und mir alle praejudizierlichen Bedingungen vorbehalte. [...] So ist der Indult keine Sünde, ist an sich etwas weltliches, was sowol [!] Katholischen als Unkatholischen gegeben werden kann. Beabsichtige ich, den Indult zum Schaden der Religion zu erteilen, so ist trotzdem die ‚materia indulti in suo genere politisch et sine ullo peccato und also guet, kan auch böß nit geheissen werden‘.*¹³⁰

Mit diesen Worten äußerte sich nun kein Protestant, sondern Bischof Melchior Khlesl,¹³¹ der Direktor des kaiserlichen Geheimen Rates, im Jahr 1613 zur Magdeburger Problematik. Die Tendenz der Aussage stimmt weitgehend mit der Begründung im oben zitierten Ansuchen Christian Wilhelms von Magdeburg überein: Die Unterscheidung zwischen Temporalia und Spiritualia, zwischen politischen und konfessionellen Faktoren und die Trennung der politischen Mittel – hier die politische Notwendigkeit einer Zuerkennung des Indults – von den religiösen Anliegen und Hintergründen. Für Christian Wil-

helm von Magdeburg schien allein auf diese Weise der kaiserliche Lehnsindult zur Administration der Temporalia erreichbar zu sein, da nur die Differenzierung zwischen beiden Bereichen die päpstliche Konfirmation als Haupthindernis ausschalten konnte. Auf der anderen Seite bildete für Khlesl die möglichst weitgehende Eliminierung des konfessionellen Faktors aus der Politik die Basis seiner Kompositionspolitik, die ihrerseits die Erhaltung der politischen Einigkeit und der friedlichen Koexistenz im Reich auf der Grundlage des Augsburger Friedens von 1555 erstrebte. Den Weg dazu sah Khlesl in der Reaktivierung der Reichsverfassung, deren Organe nicht zuletzt wegen der strittigen Anerkennung der protestantischen Bistumsadministratoren gehemmt waren. Deshalb setzte Khlesl seine Konzeption hier an, und zwar ganz konkret an der Magdeburger Problematik. Den Anlaß dazu gab das Nachsuchen Erzbischof Christian Wilhelms von Magdeburg im Frühjahr 1613 um Belehnung oder Indult sowie um Session beim bevorstehenden Reichstag. Hier empfahl Khlesl Kaiser Matthias, die seit 1566 andauernde Weigerung aufzugeben und einen zeitlich begrenzten sowie mit stark einschränkenden Bedingungen verknüpften Indult zu gewähren, insbesondere um den Reichstag von dieser Frage zu entlasten und dessen Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Die Zuteilung des Indults war für den Katholiken und Kleriker Khlesl nur möglich, indem er ihn wie Christian Wilhelm von Magdeburg und im Gegensatz zur bisherigen katholischen Sichtweise als rein politischen Faktor interpretierte. Zwar sah Khlesl als Bischof auch die konfessionspolitischen Implikationen des Indults hinsichtlich des Religionsfriedens und des Geistlichen Vorbehalts, auf dessen fraglichen Bestand der Indult unweigerlich zurückführte, als Politiker aber und im Interesse einer Entkonfessionalisierung der Politik argumentierte er für die weltlich-temporale Sichtweise nicht nur des Indults und damit für dessen Zuerkennung an den Magdeburger, sondern des Religionsfriedens insgesamt. Dieser sei *die politiam zu erhalten gemacht und nunner zu ainem weltlichen gesetzt oder ordnung eingefiert [...], also kan derselb in disem statu et termino tractiert und continuirt werden, nicht wie die sacra concilia et canones sondern wie die iura civilia vermögen*.¹³² Khlesl ging mit der bedingten Anerkennung der protestantischen Administratoren hinsichtlich des Geistlichen Vorbehalts *an die äußersten Grenzen der Interpretationsmöglichkeiten*¹³³ des Religionsfriedens als rein politisch-rechtliche Zwecklösung und eröffnete auf diese Weise den wohl einzig noch gangbaren Weg zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung des Administratorenproblems. Bezeichnend ist, daß Khlesl dabei eben zum Lehnsindult als dem probaten Mittel für den Kompromiß zurückfand, das sich in der Friedens- und Konsolidierungsperiode des Reichs seit 1555 bis in die 1570er Jahre wiederholt bewährt hatte.

Obwohl die Verhandlungen mit den Magdeburger Gesandten am kaiserlichen Hof wegen der Erteilung des Indults bis Juli 1613 schon relativ weit ge-

diehen waren, scheiterte die Konzeption Khlesls ebenso wie der gleichzeitig erarbeitete, konkrete Entwurf des Reichshofrates für einen bedingten Indult, auf den Khlesl sich bezog,¹⁵⁴ am entschiedensten Widerstand der führenden katholischen Stände. Allen voran Herzog Maximilian von Bayern konnte die geistlichen Kurfürsten für seine uneingeschränkte Zurückweisung jeglichen Zugeständnisses in der Administratorenfrage und des Indults auch in der mit sehr weitgehenden Einschränkungen modifizierten Form als Verstoß gegen den Geistlichen Vorbehalt gewinnen und Kaiser Matthias mit der Androhung eines Boykotts des kommenden Reichstags von dessen Erteilung abhalten.¹⁵⁵

Beim Reichstag von 1613, auf dessen Beschickung Magdeburg mit dem schon erwähnten Dekret verzichtete, kam die Indultfrage nicht zur Sprache. Doch abgesehen davon ist festzuhalten, daß ein Indult mit den geforderten Bedingungen, auf die auch Khlesl sich in seiner Denkschrift unter Bezugnahme auf das Gutachten des Reichshofrates berief, für den Magdeburger Erzbischof lediglich zur Sicherung der Herrschaft nach innen insbesondere gegenüber der renitenten Stadt Magdeburg beigetragen,¹⁵⁶ hingegen die eigentlich geforderte Anerkennung auf Reichsebene nur indirekt und marginal ausgesprochen hätte. Denn als ersten Vorbehalt verlangte der Revers für den zeitlich befristeten Indult den Verzicht eben auf die Session beim Reichstag und auf die Beteiligung an der Visitation des Reichskammergerichts. Diese Bedingungen – denn vor allem um die Session und die damit verbundene Darstellung der Reichsstandschaft ging es beim Indult ja stets – lehnte Christian Wilhelm bei den nachfolgenden Verhandlungen mit dem Gesandten des Kaisers im August 1613 rundweg ab.¹⁵⁷ Die Indultfrage und mit ihr die Administratorenproblematik blieb somit trotz der neuen Impulse in den Jahren 1612/13 bis zum Westfälischen Frieden ungelöst.

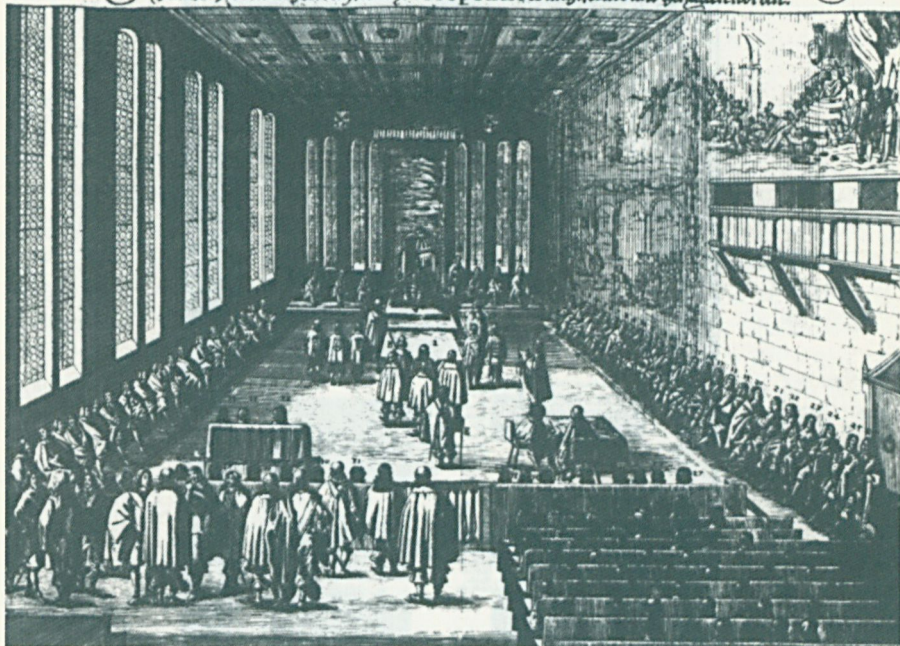
Im Erzstift Magdeburg erhielt im Zusammenhang mit der politischen und militärischen Entwicklung des Dreißigjährigen Kriegs im Jahr 1628 Erzherzog Leopold von Österreich die Administration, die dann 1635 im Prager Frieden Herzog August von Sachsen auf Lebenszeit zugesprochen wurde. Damit verbunden war – für Magdeburg ebenso wie für die anderen protestantischen Hochstifte – gemäß den Bestimmungen des Friedens der weitere Ausschluß von der Session auf Reichsversammlungen und von der Teilnahme an der Visitation des Reichskammergerichts.¹⁵⁸ Schien sich mit dem Antritt der sächsischen Administration die territorialpolitische Zielsetzung Kurfürst Augusts aus dem 16. Jahrhundert zu erfüllen, so war die sächsische Periode nur von kurzer Dauer, da Magdeburg gemäß den Festlegungen des Westfälischen Friedens nach dem Tod Herzog Augusts im Jahr 1680 als geistliches Fürstentum aufgelöst und als säkularisiertes weltliches Herzogtum Brandenburg angegliedert wurde.¹⁵⁹ Damit hatten die Hohenzollern im Ringen um das Territorium des Erzstifts letztlich die Oberhand behalten.

Hinsichtlich der Sessionsberechtigung wiederholten sich die 1582 aufge-

brochenen Probleme noch bei den Osnabrücker und Münsteraner Friedensverhandlungen seit 1645. Neben der kaiserlichen Seite sprach sich nunmehr auch die Mehrheit der katholischen Stände gegen Maximilian I. von Bayern für die Zulassung des Magdeburger Administrators aus, allerdings mit der Session auf der weltlichen Fürstenbank und unter dem Titel eines Herzogs von Sachsen. Dagegen konnten die Protestanten zunächst für die laufenden Friedensverhandlungen durchsetzen, daß die Gesandten des Administrators einen Platz auf einer Querbank – *in loco intermedio* bzw. *in tertio loco* – zwischen der geistlichen und weltlichen Bank erhielten.¹⁴⁰

Die weiteren Debatten beim Westfälischen Friedenskongreß um das künftige Sessionsrecht der protestantischen Hochstifte beim Reichstag und um dessen konkrete Gestaltung nahmen die aktuell gefundene Lösung auf und legten im Friedensinstrument die Session *in scamno inter ecclesiasticos et seculares intermedio et traverso* für die Zukunft fest. Mit der Zuerkennung der Session und mit der ebenfalls zugestandenen Belehnung ohne päpstliche Konfirmation erfolgte 1648 die lange geforderte reichsrechtliche Gleichstellung der evangelischen mit den katholischen Hochstiften. Da die Mehrzahl der umstrittenen Hochstifte 1648 jedoch säkularisiert wurde, betraf diese Regelung in der Praxis nur Lübeck und Osnabrück, falls nach dem dort gültigen Alternat mit dem jeweiligen Wechsel eines katholischen und eines evangelischen Bischofs ein Protestant beim Reichstag zu vertreten war.¹⁴¹ Auf der Querbank saßen demnach nach 1648 die Vertreter der Hochstifte Lübeck, Osnabrück und Magdeburg. Letzteres wechselte nach dem Tod von Administrator August von Sachsen und der gemäß den Friedensbestimmungen damit verbundenen Säkularisierung im Jahr 1680 auf die weltliche Fürstenbank. Die Besetzung der Querbank reduzierte sich folglich auf Lübeck und zeitweilig Osnabrück.

Eigentliche Abriß der Reichstages Solennitet, den 20-30. Junij Anno 1653. in Regensburg auf dem gewöhnlichen großen Thathaus, Saal der Eröffnung der Kayserlichen Proposition angeleitet und gehalten worden.

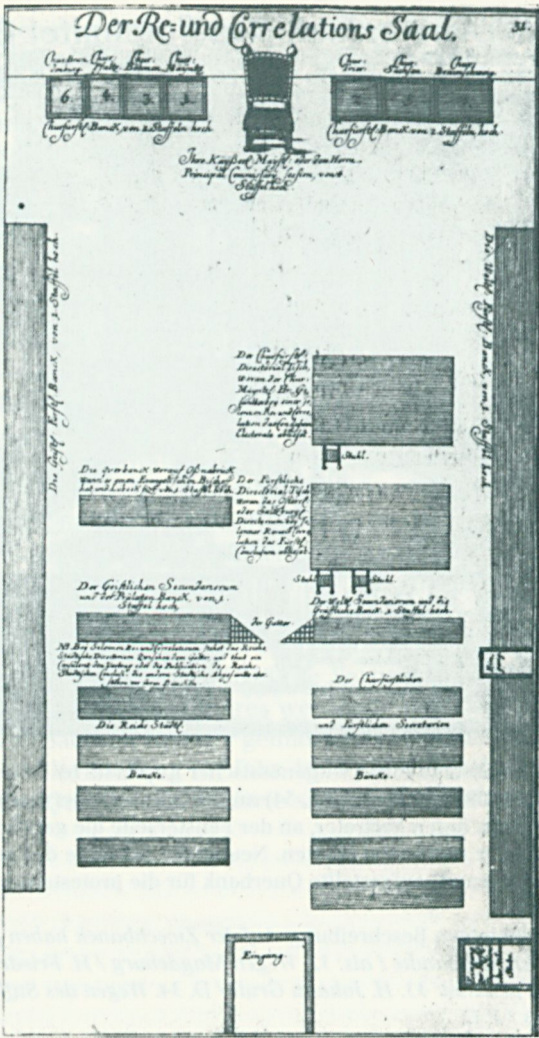


Die Eröffnung des Reichstags 1653 (zeitgenössischer Kupferstich):

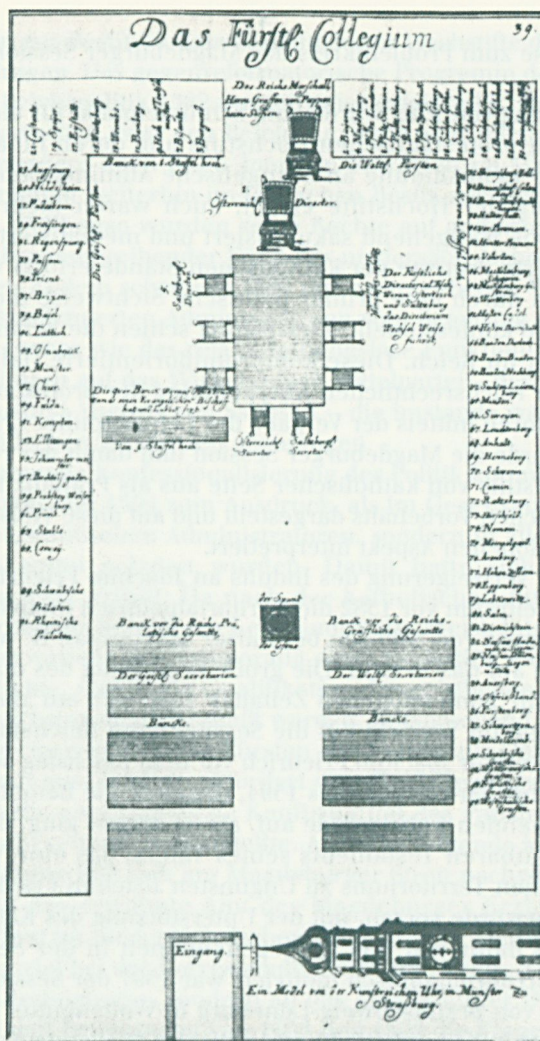
Wie beim Reichstag 1598 (vgl. Abb. auf S. 34) an der Stirnseite der Kaiser (Ferdinand III.) und die Kurfürsten bzw. deren Vertreter, an der Fensterseite die geistliche Fürstenbank, gegenüber die Bank der weltlichen Fürsten. Neu ist die am Ende der geistlichen Bank (im linken Bildvordergrund) aufgestellte Querbank für die protestantischen Hochstifte (Platznummern 32-34).

Auszug aus der angeklebten Beschreibung: *Auf der Zwechbanck haben gesessen der Secularischen Stiffler Abgesandte / als: 32. Wegen Magdeburg / H. Friederich Ulrich von Hagen / sonst Geist genannt. 33. H. Johann Grull / D. 34. Wegen des Stiffls Lübeck H. Christianus Cassius / J. C.*

[Aus: Sammlungen der Stadt Regensburg, Heft 9: Reichstagsmuseum, von Walter Boll. Regensburg 1968, Abb. Nr. 6.]



Der Grundriß des großen Beratungssaals auf dem Regensburger Reichstag (nach 1680).
In der Bildmitte links die Querbank, auf der nur mehr Lübeck und Osnabrück sitzen, nachdem Magdeburg infolge der Säkularisierung 1680 auf die weltliche Fürstenbank gewechselt war.
[Aus: Rosemarie Aulinger, Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert. Beiträge zu einer typologischen Analyse schriftlicher und bildlicher Quellen, Göttingen 1980, Bildkatalog Abb. 26.]



Grundriß der Sessionsordnung im fürstlichen Beratungskollegium auf dem Regensburger Reichstag (nach 1680).

Magdeburg nimmt nach Bayern den zweiten Platz auf der weltlichen Fürstenbank ein, auf der Querbank für die evangelischen Hochstifte sitzen Lübeck und Osnabrück.

[Aus: Rosemarie Aulinger, Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert. Beiträge zu einer typologischen Analyse schriftlicher und bildlicher Quellen, Göttingen 1980, Bildkatalog Abb. 29.]

V.

Als Ergebnisse zum Problemkreis des Magdeburger Sessionsstreits fassen wir zusammen:

1) Der Reichstag von 1582 wurde zum Schlüsselpunkt für die reichsrechtliche Stellung der protestantischen Hochstifte und deren Inhaber: Bis dahin hatte der Kaiser Lehnsindulte an evangelische Administratoren zur weltlichen Verwaltung der Hochstifte erteilt, auch waren mehrere Hochstifte dynastisiert sowie weitgehend säkularisiert und mediatisiert worden, ohne daß nennenswerte Proteste der katholischen Stände erfolgt wären. Dies ist nur zu erklären durch eine primär politische Sichtweise dieser Vorgänge. Wichtiger als die konfessionelle Zielsetzung schien die Erhaltung von Frieden und Einheit im Reich. Diese kompromißorientierte Haltung kam zum Ausdruck in der reichsrechtlichen Anerkennung der protestantischen Hochstiftsadministratoren mittels der Vergabe der Lehnsindulte. Erst beim Reichstag von 1582 wurde die Magdeburger Session und damit der reichsrechtliche Status des Hochstifts von katholischer Seite aus als Präjudiz für eine Aufhebung des Geistlichen Vorbehalts dargestellt und auf diese Weise eindeutig unter dem konfessionellen Aspekt interpretiert.

2) Hinter der Verweigerung des Indults an Joachim Friedrich von Magdeburg stand im Zeitraum vor 1582 die territorialpolitisch motivierte Intervention Kurfürst Augusts von Sachsen bei Kaiser Maximilian II. wegen der eigenen Ambitionen auf das Erzstift. Die große Bedeutung des machtpolitischen Moments auch im ‚konfessionellen Zeitalter‘ zeigt sich am Magdeburger Beispiel noch einmal im Verzicht auf die Session beim Reichstag von 1597/98: Verfocht Administrator Joachim Friedrich vor dem Reichstag seinen Sessionsanspruch zunächst hartnäckiger als 1594, so gab er die Bemühungen dann in einer überraschenden Kehrtwende auf, als es darum ging, den Vollzug des rechtlich anfechtbaren Testaments seines Vaters, das eine Verteilung des brandenburgischen Territoriums zu Ungunsten Joachim Friedrichs als Nachfolger in der Kurwürde vorsah, mit der Unterstützung des Kaisers zu verhindern. Der Preis dafür war das Entgegenkommen in der Sessionsfrage.¹⁴² Ganz ähnlich territorialpolitisch motiviert war 1597 der Sessionsverzicht von Heinrich Julius von Braunschweig-Lüneburg in Wolfenbüttel als Administrator von Halberstadt, der sich damit ebenfalls die Rückendeckung des Kaisers im Streit um die Landeshoheit über die Stadt Braunschweig und um die Erbschaft des Fürstentums Braunschweig-Grubenhagen sichern wollte.¹⁴³

3) Die seit der Reichsversammlung von 1582 veränderte, konfessionspolitische Sichtweise der Administratorenproblematik und deren offensive Darstellung ist primär zurückzuführen auf die Tätigkeit des päpstlichen Legaten Ludovico Madruzzo beim Reichstag. Die Magdeburger Session bildete für ihn den geeigneten Ansatzpunkt, um die konfessionspolitische Zielsetzung der Kurie, vor allem die Behauptung des Geistlichen Vorbehalts in allen Konse-

quenzen bis hin zur Restitution protestantisierter Hochstifte den katholischen Ständen aufzutragen. Das gegenreformatorische Programm der Kurie war auf der Ebene der Reichspolitik 1582 nur teilweise erfolgreich. Der Administrator von Magdeburg verließ zwar den Reichstag, ohne aber offiziell davon ausgeschlossen zu werden; auch blieb Joachim Friedrich im Widerspruch zum Geistlichen Vorbehalt weiterhin im faktischen Besitz der Territorialregierung des Hochstifts.¹⁴⁴ Ebenso wurden seine Rechte auf anderer Ebene, etwa in der Funktion als ausschreibender Fürst des niedersächsischen Reichskreises, nicht angetastet. Zudem scheiterte 1582 der weitergehende Versuch Madruzzos, alle nicht konfirmierten Administratoren vom Reichstag auszuschließen.

4) Dies war ebenso wie das relativ reibungslose Funktionieren des Reichstags zurückzuführen auf das Wirken einer Mittelpartei – der geistlichen Kurfürsten und Kurfürst Augusts von Sachsen –, die imstande war, die offensiven konfessionspolitischen Tendenzen abzufangen.

5) Die zunehmende Konfessionalisierung der Politik kommt am Ausschreiben des Reichstags von 1594 zum Ausdruck, als im Gegensatz zum *Procedere* 1582 keine protestantischen Administratoren, sondern in allen Fällen die jeweiligen Domkapitel geladen wurden. Damit hatte sich eine Intention Madruzzos von 1582 erfüllt: Da nach der katholischen Interpretation des Geistlichen Vorbehalts bereits ein Lehnsindult die Freistellung präjudizierte, indem er die Verwaltung der Temporalia eines Hochstifts durch einen Protestanten ermöglichte, mußte die Qualifikation der geistlichen Fürsten für den Zugang zum Reichstag dem angepaßt werden. Entsprechend reichte 1594 der Lehnsindult für einen geistlichen Fürsten nicht mehr zur Dokumentation der Reichsstandschaft aus, sondern gefordert war die vollwertige Belehnung und damit zugleich die vorausgesetzte Konfirmation des Papstes, die ihrerseits das katholische Bekenntnis sicherstellte. Auch die folgende konfessionspolitische Frontenbildung läßt sich am Magdeburger Streit nachvollziehen: Zuerst im Hinblick auf das erwähnte Amt des Magdeburger Erzbischofs als ausschreibender Fürst im niedersächsischen Kreis und die veränderte Praxis der kaiserlichen Kanzlei bei der Korrespondenz mit dem Kreis, die seit 1597 nicht mehr an den Administrator, sondern an das Magdeburger Domkapitel ging. Sodann, als bei den Reichstagen von 1603 und 1608 die Frage akut wurde, ob dem Domkapitel – allerdings eines protestantischen Hochstifts – das Sessionsrecht zustünde. Auf die Ablehnung der Session trotz der Einladung des Kapitels zum Reichstag und die damit verbundenen Probleme wurde verwiesen.

6) Mit der zunehmenden Bedeutung des konfessionellen Faktors in der Reichspolitik fiel der Indult als Mittel des politischen Kompromisses und der Friedenserhaltung weg. Nicht zuletzt deshalb wollte Khlesl 1613 auf den Lehnsindult zurückgreifen, um zur Kompromißfähigkeit zurückzufinden. In diesem Sinn betrachtete Khlesl den Indult als wichtiges Element für die Entkonfessionalisierung der Politik.

7) Die bedeutsamsten konkreten Auswirkungen des Magdeburger Streits waren: Die Lähmung der Reichsjustiz aufgrund der eingestellten Visitation und Revision; die anhaltende Beeinträchtigung der Reichstage von 1582 bis 1613 zum einen, was die Verhandlungsführung und damit die Durchsetzung der kaiserlichen Steuerforderungen betrifft, zum anderen hinsichtlich der Gefahr einer gänzlichen Auflösung des Reichstags, die bei der Solidarisierung der Konfessionsparteien wegen der Magdeburger Frage nicht auszuschließen war. Dazu kommt die Sprengung des Reichsmoderationstages von 1595, den die katholischen Stände wegen der Magdeburger Teilnahme verließen,¹⁴⁵ und die damit verbundene Lähmung einer Reform der Reichsmatrikel. Doch bleibt festzuhalten, daß die Administratoren und das Domkapitel von Magdeburg trotz aller Bemühungen auf allen Reichstagen früher oder später freiwillig auf die Session verzichteten und den Streit damit niemals zur Eskalation kommen ließen. Gerade diese Tatsache belegt, daß zumindest im Fall Magdeburgs trotz der konfessionspolitischen Belastungen noch nach dem Wechsel ins 17. Jahrhundert ein Verantwortungsbewußtsein für das Reich und für die Funktionsfähigkeit von dessen Verfassungsorganen erkennbar ist.

8) Das Jahr 1582 bildet die Wendemarke von der politischen hin zur konfessionell geprägten Sichtweise der protestantischen Bistumsadministratoren. Die daraus abgeleitete Sessionsverweigerung für den Magdeburger Administrator löste in der Verbindung mit der Steuerverweigerung der Reichsstädte gegen die Majorität von Kurfürsten- und Fürstenrat eine vorübergehende Krise des Reichstags aus, deren Beilegung dank der kompromißbereiten Haltung einer engagierten Mittelpartei möglich war. Beide Faktoren rückten in Wechselwirkung nach dem Reichstag von 1582 für die protestantischen Stände die künftig entscheidende Frage nach der Berechtigung des Majoritätsprinzips bei Reichsversammlungen in den Mittelpunkt.

Der Magdeburger Streit steht aufgrund der Koppelung konfessionspolitischer Ziele mit zentralen Elementen der Reichsverfassung am Beginn einer Entwicklung, die sich mit dem Kölner Krieg, dem Straßburger Kapitelstreit, dem Vierklosterstreit, dem Jülich-Klevischen Erbfolgestreit, der Exekution gegen Donauwörth und in der Verbindung mit religionspolitischen Krisenherden im Ausland zur umfassenden Krise steigerte. Der Magdeburger Sessionsstreit ist damit eines der Indizien für die krisenhafte Entwicklung der Reichspolitik an der Wende zum 17. Jahrhundert und zugleich für die gravierenden Probleme der Reichsverfassung. Daß der Streit die *Unausführbarkeit* der Reichsverfassung gezeigt habe, wie Leopold von Ranke meinte, ist wohl zu relativieren. Denn das Gutachten Melchior Khlesls von 1613 verdeutlicht, daß die Reichsverfassung, basierend auf dem Religionsfrieden, durchaus noch Gestaltungsspielraum bot, der allerdings, wollte er genutzt werden, politische Kompromißfähigkeit voraussetzte. So ist der Magdeburger Sessionsstreit wohl eher ein Indiz für die Unfähigkeit zum politischen Kompromiß

zwischen den radikalen Kräften auf beiden Seiten, die entweder rein konfessionelle Politik betrieben oder es auf die Zerstörung der Reichsverfassung abgesehen hatten und damit eine Entwicklung in Kauf nahmen, die letztlich zum Krieg führte.

Anmerkungen

- 1 LEOPOLD V. RANKE, Zur Deutschen Geschichte. Vom Religionsfrieden bis zum dreißigjährigen Krieg (= Sämtliche Werke, Bd. 7), Leipzig² 1874, Zitat S. 116. Darstellung zum Reichstag 1582: S. 110-126; Reichstage 1594 und 1597/98: S. 126-144.
- 2 Vgl. Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von ADALBERT ERLER und EKKEHARD KAUFMANN. Bd. 4, Berlin 1990, Sp. 759-773, bes. 766, sowie die Definition bei: HELMUT NEUHAUS, Das Reich in der frühen Neuzeit (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 42), München 1997, S. 19 f., in Anlehnung an Johann Jacob Moser.
- 3 BARBARA STOLLBERG-RILINGER, Zeremoniell als politisches Verfahren. Rangordnung und Rangstreit als Strukturmerkmale des frühneuzeitlichen Reichstags, in: JOHANNES KUNISCH (Hg.), Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (= Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 19), Berlin 1997, S. 91-132, Zitate S. 91, S. 102.
- 4 Beispiele aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts: JOSEF LEEB (Bearb.), Der Kurfürstentag zu Frankfurt 1558 und der Reichstag zu Augsburg 1559. 3. Teilbd. (= Deutsche Reichstagsakten. Reichsversammlungen 1556-1662 [RTA RV 1558/1559]), Göttingen 1999, Nr. 806 S. 2031 f. (Reichsabschied). MAXIMILIAN LANZINNER (Bearb.), Der Reichstag zu Speyer 1570. 2 Teilbände (= Deutsche Reichstagsakten. Reichsversammlungen 1556-1662 [RTA RV 1570]), Göttingen 1988, Nr. 1 S. 174 (Proposition), Nr. 567 S. 1253 f. (Reichsabschied).
- 5 Landesarchiv [LA] Salzburg, Geheimes Archiv [GA] II/9, unfol.
- 6 Entwicklung des Streits bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts mit Debatte der Argumentationsmuster: THOMAS WILLICH, Der Rangstreit zwischen den Erzbischöfen von Magdeburg und Salzburg sowie den Erzherzogen von Österreich. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation (ca. 1460-1555), in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 134 (1994), S. 7-166. Zum strittigen Primatsprivileg für Magdeburg: KONRAD PALM, Über den Primat des Erzstifts Magdeburg, in: Forschungen zur Deutschen Geschichte 17 (1877), S. 251-274. HEINZ DOPSCH, Legatenwürde und Primat der Erzbischöfe von Salzburg, in: LUTZ FENSKE u.a. (Hgg.), Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag, Sigmaringen 1984, S. 265-284.
- 7 Druck der kaiserlichen Bestätigung des Vertrags vom 17.10.1550 mit inseriertem Vertragsinhalt: WILLICH, Rangstreit (wie Anm. 6), S. 119-121.
- 8 Vgl. WINFRIED SCHULZE, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung, München 1978, S. 122-126.
- 9 Protestantisches Gutachten, erstellt nach dem Reichstag 1582, hier zitiert nach: Hessisches Staatsarchiv [StA] Marburg/Lahn, Best. 4e Nr. 2294, unfol. Vgl. dazu auch unten, Anm. 52.
- 10 Literatur: RANKE, Geschichte (wie Anm. 1), S. 112-121. HERMANN FOERSTER, Der Magdeburgische Sessionsstreit, Diss. Phil. Breslau 1890, bes. S. 31-46. Den Ablauf des Streits von 1582 schildert über diese Darstellungen hinausgehend ausführlich auf breiterer Quellenbasis: MAX LOSSEN, Der Magdeburger Sessionsstreit auf dem Augsburger Reichstag von 1582, in: Abhandlungen der historischen

- Classe der K. Bayerischen Akademie der Wissenschaften 22, München 1893, S. 621-660. Neuere, problemorientierte Untersuchung: SEVERINO VARESCHI, *La legazione del cardinale Ludovico Madruzzo alla dieta imperiale di Augusta 1582. Chiesa, Papato e Imperio nella seconda metà del secolo XVI* (= Società di studi trentini di scienze storiche. Collana di monografie, Bd. 47), Trento 1990, bes. S. 105-126, 147-156. Wichtig sind die dort grundgelegten Berichte Madruzzos in: JOSEPH HANSEN (Hg.), *Nuntiaturberichte aus Deutschland. 3. Abteilung* (1572-1585), 2. Bd. [III/2]: *Der Reichstag zu Regensburg 1576. Der Pacificationstag zu Köln 1579. Der Reichstag zu Augsburg 1582*, Berlin 1894. Zusammenfassend auch für die weitere Entwicklung des Sessionsstreits bis zum Reichstag 1613: EIKE WOLGAST, *Hochstift und Reformation. Studien zur Geschichte der Reichskirche zwischen 1517 und 1648* (= Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit, Bd. 16), Stuttgart 1985, S. 282-285. Die Quellengrundlage von Lossen und Vareschi wird in vorliegendem Beitrag ergänzt um weitere Fürstenratsprotokolle sowie um Akten aus der Magdeburger und Salzburger Überlieferung.
- 11 Protokoll einer Besprechung am 2.7. und 3.7. vor der Eröffnung des Reichstags: LA Salzburg, GA IV/1, fol. 224-225^v. Einzelheiten der Sessionsfrage bei der Eröffnung: LOSSEN, *Sessionsstreit* (wie Anm. 10), S. 628 f.
 - 12 Vgl. u. a. das Salzburger Protokoll: LA Salzburg, GA IV/1, hier fol. 230 f.
 - 13 Der Bruch in der Salzburger Argumentation kommt besonders deutlich zum Ausdruck in einer Unterredung mit den Magdeburger Gesandten am 6.7., die wiederholt auf den damit verbundenen Widerspruch zur Verabredung wegen des Vorrangs vor der Eröffnung des Reichstags hinwiesen: LA Salzburg, GA IV/1, fol. 235^v-237^v.
 - 14 LA Salzburg, GA IV/1, fol. 226-229.
 - 15 KARL BRANDI (Hg.), *Der Augsburger Religionsfriede vom 25. September 1555. Kritische Ausgabe des Textes mit den Entwürfen und der königlichen Deklaration*, Göttingen 1927, S. 42, Anm. a.
 - 16 Beispiele (Auswahl): *Denkschrift über den Magdeburger Sessionsanspruch vom Mai 1594*; Druck bei RANKE, *Geschichte* (wie Anm. 1), S. 266-272, hier 270. *Instruktion Administrator Joachim Friedrichs für die Gesandten zum Reichstag 1594*: Landeshauptarchiv [LHA] Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 213-230, hier 216-217. *Eingabe der Magdeburger Gesandten an den Kaiser (Regensburg, 5.6.1594)*: LA Salzburg, GA IV/1, fol. 259-268, hier 262. *Ausführlich im Gutachten des Magdeburger Rates Dr. Henning Hamel von 1596*: JOHANN CHR. LÜNIG, *Europäische Staats-Consilia. Teil I*, Leipzig 1715, S. 476 f. *Eingabe des Magdeburger Domkapitels an Kaiser Rudolf II. (30.10.1606)*: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 377-386, hier 383. *Verhandlungen der Magdeburger Räte mit kaiserlichen Gesandten im August 1613*: Ebd., Rep. A 1 Nr. 367, fol. 62-69, hier 64^v.
 - 17 LOSSEN, *Sessionsstreit* (wie Anm. 10).
 - 18 Protest Salzburg am 6.7. vor Rudolf II.: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 367 a, fol. 17-19^v.
 - 19 RUDOLF REUTER, *Der Kampf um die Reichsstandschaft der Städte auf dem Augsburger Reichstag 1582. Dargestellt auf Grund des Aktenmaterials der Reichsstädte Köln, Augsburg und Straßburg* (= *Schwäbische Geschichtsquellen und Forschungen*, Bd. 3), München/Leipzig 1919. JOHANNES MÜLLER, *Der Konflikt Kaiser Rudolfs II. mit den deutschen Reichsstädten*, in: *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst* 14 (1895), S. 257-293.

- 20 FRIEDRICH V. BEZOLD (Bearb.), Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir mit verwandten Schriftstücken. Bd. I (1576-1582), München 1882, Nr. 371 S. 501 f.
- 21 Hauptstaatsarchiv [HStA] München, KÄA 3220, fol. 7-10^v (Bericht der Räte vom 21.7.1582) und fol. 17-21^v (Weisung des Herzogs vom 22.7.). Vgl. LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 642-644 sowie Anhang Nr. 3 S. 659 f.
- 22 So im Bericht von Dr. Wendel Arzt, dem Gesandten Erzherzog Ferdinands von Tirol, vom 24.7.1582: Haus-, Hof- und Staatsarchiv [HHStA] Wien, RK RTA 58 b, fol. 356-361^v, hier 357^v.
- 23 HHStA Wien, RK Reichshofratsprotokolle [RHR-Protokolle] (XVI), rer. res. 49a, fol. 130.
- 24 Erstes Konzept für das kaiserliche Dekret: HHStA Wien, RK RTA 58 b, fol. 322 f. Fassung nach der Korrektur durch die katholischen Stände: Ebd., fol. 348 f. Druck bei LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 650, mit Ausführungen zur Textgenese.
- 25 HEINZ ANGERMEIER, Die Reichsreform 1410-1555. Die Staatsproblematik in Deutschland zwischen Mittelalter und Gegenwart, München 1984, S. 319.
- 26 GUSTAV WOLF, Die Anfänge des Magdeburger Sessionsstreits im 16. Jahrhundert, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 5 (1892), S. 353-401, hier 389.
- 27 Vgl. zur Konfirmationsverpflichtung in anderen Hochstiften sowie zur Praxis der Erteilung: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 277-279. Vgl. zur Wahlkapitulation: WOLF, Anfänge (wie Anm. 26), S. 397-399; LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 625 f.
- 28 Abweisung 1566: WOLF, Anfänge (wie Anm. 26), S. 391-393.
- 29 So Reichsvizekanzler Johann Ulrich Zasius im Jahr 1566 anlässlich des Magdeburger Ansuchens um Belehrung: MORIZ RITTER, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555-1648). Bd. I (1555-1586), Stuttgart 1889, S. 310.
- 30 WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 280 f. mit Anm. 135.
- 31 VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 149 f.
- 32 LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 626 f. Obige Klausel auch im Ausschreiben des Reichstags 1582 an das Domkapitel: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 151-154^v.
- 33 Magdeburger Eingabe an den Kaiser (Prag, 20.7.1579): LHA Magdeburg, Rep. A 2 Nr. 28a, fol. 4-6^v. Diesbezügliche Beratungen des kaiserlichen Geheimen Rates am 21.10., 23.12.1580 und 12.2.1581: HHStA Wien, RHR-Protokolle (XVI) rer. res. 48b, fol. 58, fol. 70; 49a, fol. 10.
- 34 Joachim Friedrich an das Domkapitel (Halle, 16.4.1582): LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 171-171^v, 189^v.
- 35 Instruktion (Halle, 16.4.1582): Ebd., Rep. A 1 Nr. 495, fol. 173-188^v.
- 36 WOLF, Anfänge (wie Anm. 26).
- 37 Vgl. zur Entwicklung für die märkischen und sächsischen Hochstifte: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 218-227, 237-253. Zusammenfassend: MAXIMILIAN LANZINNER, Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II. (1564-1576) (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 45), Göttingen 1993, S. 226 f. Zur Begründung der möglichen Protestantisierung in den 'reichsfernen' Zonen Nord- und Mitteldeutschlands: ANTON SCHINDLING, Reichskirche und Reformation. Zu Glaubensspaltung und Konfessionalisierung in den geistlichen Fürstentümern des

- Reiches, in: JOHANNES KUNISCH (Hg.), Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (= Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 3), Berlin 1987, S. 81-112.
- 38 Ausführlich bei WOLF, Anfänge (wie Anm. 26), S. 376-393.
- 39 Vgl. LANZINNER, Friedenssicherung (wie Anm. 37), S. 72-74, 195-209 u. ö.
- 40 HHStA Wien, RK RHR-Protokolle (XVI), rer. res. 49a, fol. 98^v.
- 41 HStA Dresden, Loc.10200 (Ander Buch), fol. 1-22^v, hier fol. 20-21^v.
- 42 HANSEN, Nuntiaturberichte III/2 (wie Anm. 10), Nrr. 1a, 1b S. 12-20.
- 43 Ebd., Nrr. 197, 198 S. 382-397 (Gutachten und Instruktion vom 15.3.1582). Vgl. VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 72 f.
- 44 Die Entschlossenheit Madruzzos in der Frage der Bistumsverluste bis hin zum Übereifer belegen u. a. Schreiben an den Kaiser vom April 1582 mit der Forderung nach Präventivmaßnahmen, um in den Hochstiften Lübeck, Verden und Minden nach dem Tod der dortigen Bischöfe die Wahl katholischer Kandidaten zu sichern. Die Domkapitel von Lübeck und Verden erwiderten dem Kaiser, daß *ir bischoff noch lebe. Bitten, sie sonsten bei irer freyen wahl zulassen*. HHStA Wien, RK RHR-Protokolle (XVI), rer. res. 49a, fol. 103^v, 109^v, 119, sowie HANSEN, Nuntiaturberichte III/2 (wie Anm. 10), Nrr. 204-207 S. 406-411. Eberhard von Holle als Bischof von Lübeck und Administrator von Verden verstarb erst 1586.
- 45 Vgl. VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 105 f.
- 46 Diesbezügliche Verhandlungen Madruzzos mit Reichszizekanzler Sigmund Vieheuser: LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 637.
- 47 Einzelheiten der Aktivitäten Madruzzos in Kooperation mit den führenden katholischen Ständen: VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 106-122, mit Auswertung der Berichte Madruzzos bei HANSEN, Nuntiaturberichte III/2 (wie Anm. 10), S. 428-479.
- 48 VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 147-156. BERNHARD STEINHAUF, Giovanni Ludovico Madruzzo (1532-1600). Katholische Reformation zwischen Kaiser und Papst: Das Konzept zur praktischen Gestaltung der Kirche der Neuzeit im Anschluß an das Konzil von Trient (= Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, Bd. 132), Münster 1993, S. 115 f.
- 49 Die Mehrheitsfrage war einer der zentralen Punkte im Gutachten des bayerischen Kanzlers Christoph Elsenheimer, das die wesentlichen Argumente gegen die Magdeburger Session beim Reichstag 1582 aus katholischer Sicht zusammenfaßt. Elsenheimer sah in der Konsequenz einer Zulassung Magdeburgs neben einer drohenden protestantischen Mehrheit im Fürstenrat auch die Möglichkeit eines Konfessionswechsels bei den geistlichen Kurfürsten, damit eine protestantische Mehrheit im Kurkolleg und folglich die Gefahr einer protestantischen Kaiserwahl. Druck des Gutachtens bei LOSSEN, Sessionsstreit (wie Anm. 10), Anhang Nr. 2 S. 657-659. Zusammenfassung: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 282 f.
- 50 FRITZ WOLFF, Corpus Evangelicorum und Corpus Catholicorum auf dem Westfälischen Friedenskongreß. Die Einführung der konfessionellen Ständeverbindungen in die Reichsverfassung (= Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bd. 2), Münster 1966, S. 29 f.
- 51 ANTON CHROUST (Bearb.), Der Reichstag von 1615 (= Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. XI [BA XI]), München 1909, Nr. 38 S. 125-149, hier S. 142. Vgl. auch die Nebeninstruktion Hg. Maximilians I.: Ebd., S. 102 f., Anm. 2.

- 52 Vgl. SCHULZE, Reich (wie Anm. 8), S. 159-161 sowie 174 f., mit Auswertung des Gutachtens zur künftigen Verbesserung der protestantischen Position auf Reichsversammlungen, angefertigt auf der Grundlage der Erfahrungen beim Reichstag 1582, das dann in die Gravamina einging, die dem Reichstag 1594 vorgelegt wurden. Nachweise u. a.: StA Marburg/Lahn, Best. 4e Nr. 2294, unfol. HStA Stuttgart, A 262 Bü. 67, fol. 843-851v. Druck: CHRISTIAN FRIEDRICH SATTLER, Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen, Bd. 5, Tübingen 1772, Beilage Nr. 17 S. 44-50.
- 53 Vorhaltung am 15.8.1582. Vgl. VARESCI, Legazione (wie Anm. 10), S. 151-153, und HANSEN, Nuntiaturberichte III/2 (wie Anm. 10), S. XC f. sowie Anhang, S. 599-603.
- 54 Vgl. zu den Bemühungen unter Papst Gregor XIII. zur Durchsetzung der katholischen Reform in Deutschland: LUDWIG FRH. V. PASTOR, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. Bd. IX: Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Reformation und Restauration. Gregor XIII. (1572-1585), Freiburg i. Br. 5-7/1925, S. 44-47 und 427-662 passim.
- 55 HStA München, KÄA 5220, fol. 27-36v.
- 56 HHStA Wien, RK RHR-Protokolle (XVI), rer. res. 49a, fol. 176v, 182 f., 184.
- 57 WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 280 f.
- 58 Kurpfälzer Protokoll dieser Beratungen: HStA München, Kasten blau 112/3b II, fol. 141-185.
- 59 Weisung vom 2.8.1582: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz [GStA PK] Berlin, I. HA Rep. 10 Nr. Rr Fasz. 1, fol. 360-363v, hier 360v.
- 60 Interne Beratung der Reichstagsgesandten Pfalzgraf Philipp Ludwigs von Neuburg: HStA München, Kasten blau 274/3, fol. 193-194.
- 61 Bericht des Kurt Tiel von Berlepsch, Oberamtmann zu Hanau, an Dr. Jakob Schwarz, Rat der Wetterauer Grafen (Augsburg, 26.7.1582): HStA Wiesbaden, Abt. 131 Nr. IVa 71, Fasz. 4, unfol.
- 62 Bericht vom 28.7.1582: BEZOLD, Briefe (wie Anm. 20), Nr. 379 S. 508 f. Ebd., S. 509, Anm. 3 (Protokoll Schregels), das von Kurfürst August angeführte Argument für das Nachgeben in der Magdeburger Frage, die Verhandlungsverweigerung der protestantischen Reichsstädte belaste den Reichstag ohnehin über Gebühr; *do ein furst zu in steed, wurdts ein grosse zerrittung geben*. Dies entspricht dem vom Gesandten der Wetterauer Grafen erwähnten Bestreben des Kurfürsten, jenseits konfessioneller Differenzen für Einheit und Frieden im Reich einzustehen.
- 63 Bericht vom 27.7.1582: GStA PK Berlin, I. HA Rep. 10 Nr. Rr Fasz.1, fol. 368-370, hier 368v.
- 64 Vgl. zum Rücktritt des Meißener Bischofs Johann von Haugwitz und zur Übertragung der Regierung an Kurfürst August: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 252 (Quellen und Lit.).
- 65 KLAUS MENCKE, Die Visitationen am Reichskammergericht im 16. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Rechtsmittels der Revision (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Bd. 13), Köln/Wien 1984; zur Neuordnung des Visitationsschemas S. 107-109. Abdruck bei GEORG MELCHIOR LUDOLFF (Hg.), Corpus juris Cameralis, das ist des kayserlichen Cammergerichts Gesetz-Buch, Frankfurt/M. 1724, S. 288 f. Vgl. zum Visitationstag auch MAXIMILIAN LANZINNER, Reichsversammlungen und Reichskammergericht 1556-1586 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammerge-

- richtsforschung, Heft 17), Wetzlar 1995, S. 20-23.
- 66 So der ksl. Rat Hans Christoph von Hornstein gegenüber dem Mainzer Kanzler Philipp Wolf von Rosenbach (dessen Schreiben an Kurfürst Wolfgang von Mainz vom 25.9.1590: HHStA Wien, MEA RKG 49, Fasz. 1, unfol.).
- 67 Schreiben vom 24.10.1587: Ebd., Fasz. 1, unfol. Die Problematik der Magdeburger Teilnahme wurde zunächst also eindeutig von Kurmainz angesprochen und in der Korrespondenz mit dem Kaiser bis Dezember des Jahres mehrfach erörtert. Danach zu korrigieren ist die Aussage bei MENCKE, Visitationen (wie Anm. 65), S. 111 f., das Absagedekret Kaiser Rudolfs II. vom 2.1.1588 sei auch für den Mainzer Kurfürsten überraschend erfolgt.
- In HHStA Wien, MEA RKG 49, Fasz. 1, unfol., findet sich die gesamte diesbezügliche Korrespondenz von Kurmainz mit dem Kaiser auch für die folgenden Jahre. Die (unvollständige) Gegenüberlieferung liegt in HHStA Wien, RK RKG-Visitationsakten 324, unfol. Diese Faszikel sind Quellenbeleg für alle im folgenden genannten Schreiben und Gutachten, falls kein anderweitiger Nachweis erfolgt.
- 68 Vgl. etwa DIETRICH HEINRICH LUDWIG FRH. V. OMPTEDE, Geschichte der vor-maligen ordentlichen Cammergerichts-Visitation und der 200-jährigen fruchtlosen Bemühungen zu deren Wiederherstellung, Regensburg 1792, S. 108. JOHANN STEPHAN PÜTTER, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teut-schen Reichs. Zweyter Theil von 1558 bis 1740. Göttingen ²1788, S. 27. Relativiert auch noch bei DIETRICH KRATSCH, Justiz – Religion – Politik. Das Reichskammer-gericht und die Klosterprozesse im ausgehenden sechzehnten Jahrhundert (= Jus ecclesiasticum, Bd. 39), Tübingen 1990, S. 154.
- 69 Vgl. MENCKE, Visitationen (wie Anm. 65), S. 113 mit Anm. 622.
- 70 Gutachten des Geheimen Rates vom 4.12.1595: FELIX STIEVE (Bearb.), Die Politik Baierns 1591-1607. Teil 2 (= Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. V), Mün-chen 1885, S. 286, Anm. 1.
- 71 Suspendierungsschreiben des Kaisers (Prag, 2.1.1588) an Kurfürst Wolfgang von Mainz mit der Weisung, die Visitation nicht auszuschreiben, sowie an das RKG (Anm. 67).
- 72 Zur Suspendierung: RUDOLF SMEND, Das Reichskammergericht. 1. Teil: Ge-schichte und Verfassung (= Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Bd. IV/3), Weimar 1911, S. 190 f.; MENCKE, Visitationen (wie Anm. 65), S. 113.
- 73 Kurfürst Wolfgang von Mainz am 14.9.1589 an Kaiser Rudolf II. (wie Anm. 67).
- 74 Erste Korrespondenz vom 14.10. und 5.11.1587, seitens Mainz' noch einmal wie-derholt am 27.11. Die betont vorsichtige und sich stets beim Kaiser rückversi-chernde Verhaltensweise Kurfürst Wolfgangs als Reichserzkanzler ist auch im Vor-feld aller künftig anstehenden Visitationstermine zu beobachten. So stellte er etwa am 4.1.1591 gegenüber dem Kaiser fest, daß ohne dessen Anweisung *mir nitt ge-bühren wolte*, die Visitation auszuschreiben oder abzusagen (wie Anm. 67). Vgl. zur diesbezüglichen Position des Reichserzkanzlers nach 1555: GEORG SCHMIDT, Die Beziehungen der protestantischen Reichsstände zum Reichserzkanzler im 16. Jahrhundert, in: PETER CLAUS HARTMANN (Hg.), Kurmainz, das Reichserzkanz-leramt und das Reich am Ende des Mittelalters und im 16. und 17. Jahrhundert (= Geschichtliche Landeskunde, Bd. 47), Stuttgart 1998, S. 137-151, hier bes. 150 f.
- 75 FELIX STIEVE (Bearb.), Die Politik Baierns 1591-1607. Teil 1 (= Briefe und Akten

- zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. IV), München 1878, S. 165.
- 76 Korrespondenz zwischen Kaiser und Kurmainz vom 24.12.1588, 14.9. und 2.11.1589 (wie Anm. 67).
- 77 Gutachten vom 9.1.1590, 6.12.1591, 20.12.1589 (wie Anm. 67).
- 78 Korrespondenz Rudolfs II. mit Kurfürst Johann von Trier und Herzog Wilhelm von Bayern (2.11.1589), Gutachten des Trierer Kurfürsten (30.11.1591) sowie Schreiben Kurfürst Wolfgangs von Mainz (12.12.1591) an den Kaiser (wie Anm. 67).
- 79 Vorbringen des Magdeburger Kanzlers Meckbach bei Kaiser Rudolf II. wegen der Regalienleihe (Prag, 10.7.1591): LHA Magdeburg, Rep. A 2 Nr. 28a, fol.75-77^v.
- 80 Besetzungslisten bei CHRISTIAN FRH. V. NETTELBLADT, Vermehrter und verbesserter abgeforderter Bericht vom Ursprung, Beschaffenheit, Umständen und Verrichtungen der Kayserlichen Reichs-Cammer-Gerichtlichen Visitationen [...], Freiburg 1767, Anhang S. 135 f., sowie LUDOLFF, Corpus (wie Anm. 65), S. 447.
- 81 Schreiben an Kanzler Philipp Wolf von Rosenbach vom 22.11.1587 (wie Anm. 67).
- 82 So Kurfürst Wolfgang von Mainz am 15.12.1586 mit Bestätigung des Kaisers als Rückvermerk. Auf erhebliche *disputationes und protestationes ... von deßwegen, daß Salzburg Verden vorgezogen*, verwies der Kurfürst im Zusammenhang mit der Magdeburger Problematik am 24.10.1587 (Anm. 67).
- 83 Rückvermerk von der Hand des Reichsvizekanzlers Sigmund Vieheuser zur Anfrage vom 24.10.1587: HHStA Wien, RK RKG-Visitationsakten 324, unfol.
- 84 Korrespondenzen von 4.11.1591, 27.11. und 14.12.1587 (wie Anm. 67).
- 85 Bericht des Mainzer Kanzlers vom 25.9.1590 (Anm. 67).
- 86 Zusammenfassend: MENCKE, Visitationen (wie Anm. 65), S. 129-132; KRATSCH, Justiz (wie Anm. 68), S. 160-172.
- 87 STIEVE, Politik II (wie Anm. 70). S. 690-692, Anm. 2.
- 88 Beratungen zur Sessionsfrage im Zusammenhang mit dem Justizpunkt: ANTON CHROUST (Bearb.), Der Ausgang der Regierung Rudolfs II. und die Anfänge des Kaisers Matthias (= Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. X [BA X]), München 1906, S. 16-22.
- 89 MENCKE, Visitationen (wie Anm. 65), S. 132; KRATSCH, Justiz (wie Anm. 68), S. 194-198.
- 90 Vgl. STEFAN EHRENPREIS, Die Tätigkeit des Reichshofrats um 1600 in der protestantischen Kritik, in: WOLFGANG SELLERT (Hg.), Reichshofrat und Reichskammergericht. Ein Konkurrenzverhältnis (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Bd. 34), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 27-46.
- 91 Vgl. SCHULZE, Reich (wie Anm. 8), S. 226-228.
- 92 So Kaiser Rudolf II. im Schreiben an das Magdeburger Domkapitel vom 27.10.1597: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 297-298^v.
- 93 Verhandlungen 1594: STIEVE, Politik I (wie Anm. 75), S. 202-210; FOERSTER, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 50-67; vor dem Reichstag 1597/98: Ebd., S. 73-92; STIEVE, Politik II (wie Anm. 70), S. 288-294; vor dem Reichstag 1603: Ebd., S. 617 f. Akten in LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 297-333^v (1597), fol. 335-352 und Rep. A 1 Nr. 496, fol. 23-190^v (1603).
- 94 STIEVE, Politik I (wie Anm. 75), S. 201; ders., Politik II (wie Anm. 70), S. 617.
- 95 So Reichssekretär Andreas Hannewald: STIEVE, Politik I (wie Anm. 75), S. 209, Anm. 2.

- 96 WALTER ZIEGLER, Die Hochstifte des Reiches im konfessionellen Zeitalter 1520-1618, in: *Römische Quartalschrift* 87 (1992), S. 252-281, hier 272, spricht für diesen Prozeß von der *Konfessionalisierung des Kaisertums*.
- 97 LEEB, RTA RV 1558/1559 (wie Anm. 4), Akten zum 1. Hauptartikel (Nr. 520-525 S. 1242-1256) mit Bezügen auf die Kurienprotokolle, sowie Protokoll des Rates der CA-Stände, bes. Nr. 448 S. 1109-1118, Nrr. 458, 459 S. 1150-1158.
- 98 Vgl. ANGERMEIER, Reichsreform (wie Anm. 25), S. 318-320; LANZINNER, Friedenssicherung (wie Anm. 37), S. 223-225.
- 99 Undatiertes Gutachten: LA Salzburg, GA IV/1, fol. 286-288.
- 100 Instruktion Joachim Friedrichs für die Gesandten zum Reichstag (o. D.): LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 213-230, zur Sessionsfrage bis 218. Zur Verhandlungsverweigerung ist die Denkschrift vom Mai 1594 einschlägig. Druck bei RANKE, Geschichte (wie Anm. 1), S. 266-272, hier 271 f.
- 101 STIEVE, Politik I (wie Anm. 75), S. 178 f., S. 203-208.
- 102 Ebd., S. 231-235. EVA STAHL, Wolf Dietrich von Salzburg. Weltmann auf dem Bischofsthron, Wien ²1987, S. 168.
- 103 Zur kaisertreuen kursächsischen Politik am Beginn des 17. Jahrhunderts: AXEL GOTTHARD, 'Politice seint wir bapstisch'. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 20 (1993), S. 275-319.
- 104 Bericht an das Domkapitel vom 14.3.1603: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 496, fol. 101-106^v, hier 104.
- 105 Vgl. WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 283.
- 106 Endfassung des Dekrets vom 15.7./21.7.1594: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 249-250. Druck bei RANKE, Geschichte (wie Anm. 1), Anhang Nr. II S. 272 f. Entwurf des Kaisers zur Vorlage vor den katholischen Ständen: LA Salzburg, GA IV/1, fol. 275-276. Deren Einwände vom 21.7.1594: Ebd., fol. 290-296.
- 107 Vgl. oben, Anm. 93.
- 108 Vgl. SCHULZE, Reich (wie Anm. 8), S. 194-206.
- 109 FELIX STIEVE, Die Vorbereitungen des niedersächsischen Kreises für den Reichstag des Jahres 1598, in: *Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und historischen Classe der K. Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1881, Bd. 2, München 1881, S. 481-526.
- 110 Vgl. zu Institution, Beratungsform und Abgrenzung zum Reichstag: HELMUT NEUHAUS, Reichsständische Repräsentationsformen im 16. Jahrhundert. Reichstag - Reichskreistag - Reichsdeputationstag (= *Schriften zur Verfassungsgeschichte*, Bd. 33), Berlin 1982, S. 36-422.
- 111 Gutachten des ksl. Geheimen Rates vom 4.12.1595; des Andreas Hannewald vom 12.11.1596; anderer kaiserlicher Räte vom 21.11.1596; des Salzburger Erzbischofs Wolf Dietrich von Raitenau vom Spätherbst 1596; des Bamberger Rates Achaz Hülßen von 1596: NEUHAUS, Repräsentationsformen (wie Anm. 110), S. 496-514; SCHULZE, Reich (wie Anm. 8), S. 206-212 (jeweils mit Belegstellen und Lit.).
- 112 STIEVE, Politik II (wie Anm. 70), S. 293; FOERSTER, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 85 f.
- 113 So noch in einem Schreiben vom 11.4.1597: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 212, fol. 54-57^v.
- 114 Replik an die kaiserlichen Gesandten im Oktober 1597 bei deren Werbung wegen des Reichstagsverzichts. Vgl. STIEVE, Politik II (wie Anm. 70), S. 292; FOERSTER,

Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 78 f.

- 115 Prager Friede vom 30.5.1635, §§ 7, 16: KATHRIN BIRTHNER (Bearb.), *Der Prager Friede von 1635*, 4. Teilbd. (= Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Neue Folge: Die Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618-1651, 2. Teil, Bd. 10), München/Wien 1997, Nr. 564 A, hier S. 1609-1611.
- 116 ‚Differenzpunkte‘ der evangelischen Stände wegen Beilegung der Gravamina in den Verhandlungen mit den kaiserlichen Gesandten vom Dezember 1646, Artikel 26: JOHANN GOTTFRIED V. MEIERN, *Acta Pacis Westphalicae publica*. Bd. 4, Hannover 1735 (Ndr. Osnabrück 1969), Nr. 5 S. 8-28, hier 11. Auch bei JOHANN JACOB MOSER, *Teutsches Staatsrecht*, Bd. XI, Leipzig u. Ebersdorff/Vogtland 1743, S. 171.
- 117 NEUHAUS, *Repräsentationsformen* (wie Anm. 110), S. 514-518.
- 118 Hier am Beispiel des Ausschreibens für den Reichstag 1582 (Wien, 1.1.1582). Jene an ‚N. Bischof zu Naumburg‘ sowie an ‚N. Bischof zu Merseburg‘ wurden in der kursächsischen Kanzlei in Dresden vorgelegt: HStA Dresden, Loc. 10200 (Erste Buch ... 1582), unfol.; jenes an ‚N. Bf. zu Schwerin‘ in der Kanzlei Herzog Ulrichs von Mecklenburg: LHA Schwerin, RTA I (Güstrower Reihe) Vol. V Nr. 29b, fol. 1557. Dessen Stand zugleich als Administrator des Stifts Schwerin kommt im Rezepisse der Kanzlei vom 7.2.1582 zum Ausdruck. Die Ladung Cammins belegt die Korrespondenz zur Überbringung der Ausschreiben nach Pommern und Preußen (HHStA Wien, RK RTA 57, unfol.).
- 119 Gutachten von Vizekanzler und Räten des Erzstifts Magdeburg vom 14.10.1602 zur fraglichen Beschickung des Reichstags 1603: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 335-343^v, hier 335^v f.
- 120 Bericht vom 5.5.1603: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 496, fol. 72-78^v, hier 73.
- 121 Bericht der Magdeburger Gesandten vom 9.3.1603: Ebd., fol. 85-99^v, hier 88^v f.
- 122 Schreiben vom 3.7.1603 an das Domkapitel: Ebd., fol. 188-190^v, hier 189.
- 123 Bericht vom 9.3.1603: Ebd., fol. 85-99^v, hier 89^v, 90^v.
- 124 Schreiben an den Kaiser vom 9.3.1603: Ebd., fol. 171-176, Zitat 175^v. Vgl. STIEVE, *Politik II* (wie Anm. 70), S. 620.
- 125 Instruktion vom 21.8.1606: FOERSTER, *Sessionsstreit* (wie Anm. 10), S. 94-97. Die Instruktion beruht auf dem schon erwähnten Gutachten vom 1603. Vgl. STIEVE, *Politik II* (wie Anm. 70), S. 888 mit Anm. 3 unter Bezug auf S. 690-692, Anm. 2.
- 126 Verhandlungen zur Restitutionsklausel: FELIX STIEVE (Bearb.), *Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga* (= Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. VI [BA VI]), München 1895, S. 205-346 passim; zur Position Ehg. Ferdinands bes. Nr. 59 S. 213; Nr. 63 S. 219 f. mit Anm. 3.
- 127 Instruktion vom 21.8.1606. Vgl. Anm. 125.
- 128 Eingabe des Magdeburger Domkapitels an Kaiser Rudolf II. vom 30.10.1606: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 495, fol. 377-386, hier 381^v f.
- 129 Eingabe vom 25.4.1612: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 341, fol. 101-116^v, hier 109^v. Vgl. auch CHROUST, *Ausgang [BA X]* (wie Anm. 88), Nr. 186 S. 465-467.
- 130 Denkschrift Melchior Khlesls wegen Erteilung des Indults: CHROUST, *Reichstag [BA XI]* (wie Anm. 51), Nr. 133 S. 463-469, hier S. 464, 466.
- 131 Vgl. HEINZ ANGERMEIER, *Politik, Religion und Reich bei Kardinal Melchior Khlesl*, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte* 123, Germanistische Abteilung 110 (1993), S. 249-330; hier bes. S. 275-287.
- 132 Denkschrift wie Anm. 130, hier S. 465.

- 135 ANGERMEIER, Politik (wie Anm. 131), S. 277.
- 134 Gutachten des Reichshofrates zum Indult: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 440a, fol.1-9^v. Vgl. dazu auch CHROUST, Reichstag [BA XI] (wie Anm. 51), S. 454, Anm. 1. Vorüberlegungen für die Erteilung des Indults am kaiserlichen Hof: Ebd., S. 57, Anm. 1. Diesbezügliches Dekret des Kaisers vom 2.7.1615 und anschließende Verhandlungen mit den Gesandten Magdeburgs um die Bedingungen und das Konzept für den Revers des Indults: Ebd., Nr. 132 S. 461-465 mit Anm. 1.
- 135 Vgl. DIETER ALBRECHT, Maximilian I. von Bayern: 1575-1651, München 1998, S. 437-439. Diesbezügliche Korrespondenz des Herzogs bei CHROUST, Reichstag [BA XI] (wie Anm. 51), Nr. 128 S. 452-454; Nr. 142 S. 496-498.
- 136 Verweigerung der Huldigung an Christian Wilhelm nach dessen Regierungsantritt 1608 im Zusammenhang mit den Bestrebungen Magdeburgs um die Reichsunmittelbarkeit, aktuell noch forciert durch die Beteiligung der Stadt an Verhandlungen der Hanse mit den Generalstaaten. Vgl. zu den Ausgleichsbemühungen 1611-1618: GUSTAV HERTEL / FRIEDRICH HÜLSSE (Bearb.), Friedrich Wilhelm Hoffmann's Geschichte der Stadt Magdeburg, Bd. II, Magdeburg 1885, S. 74-78.
- 137 Verhandlungen mit dem kaiserlichen Gesandten Gundaker zu Pollheim: LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 367, fol. 58-69. Erst nach dem Reichstag 1615 war Christian Wilhelm aufgrund der anwachsenden Bedrängnisse bereit, auf die Session zu verzichten und sich zur Sicherung der Herrschaft nach innen mit dem bedingten Indult oder auch nur einem kaiserlichen Schutzversprechen zu begnügen. Vgl. FOERSTER, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 104-107. Instruktion für die Gesandten nach Prag im Jahr 1616 bei RANKE, Geschichte (wie Anm. 1), Anhang Nr. VIII S. 297-300. Akten in LHA Magdeburg, Rep. A 1 Nr. 341.
- 138 Prager Friede vom 30.5.1635, §§ 7, 15, 16: BIRTHER, Prager Friede (wie Anm. 115), Nr. 564 A, S. 1609-1611.
- 139 Instrumentum Pacis Osnabrugense [IPO], Art. XI §§ 6, 7 und Art. XIV §§ 1-3: ANTJE OSCHMANN (Bearb.), Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden. Bd. 1: Urkunden (= APW Serie III Abt. B: Verhandlungsakten I/1), Münster 1998, Nr. 18 S. 95-170, hier 138 f., 146.
- 140 Zur Debatte 1645 im Zusammenhang mit der strittigen reichsrechtlichen Einordnung des Friedenskongresses als Reichstag: WINFRIED BECKER, Der Kurfürstenrat. Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongreß (= Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der neueren Geschichte e.V., Bd. 5), Münster 1973, S. 200, 225 f.; WOLFF, Corpus (wie Anm. 50), S. 86 f.; ALBRECHT, Maximilian I. (wie Anm. 135), S. 1007.
- 141 Zusammenfassung der Debatten mit Quellenausügen bei MOSER, Staatsrecht (wie Anm. 116), S. 160-179. Ergebnis in IPO Art. V, §§ 21, 22: OSCHMANN, Friedensverträge (wie Anm. 139), Nr. 18, hier S. 115 f. Vgl. zu den Festlegungen und deren Konsequenzen im einzelnen: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 339-345.
- 142 Vgl. JOHANNES SCHULTZE, Die Mark Brandenburg. Bd. 4: Von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden (1555-1648), Berlin 1964, S. 151 f.
- 143 STIEVE, Politik II (wie Anm. 70), S. 292-296.
- 144 Vgl. zum unveränderten Status der possessio trotz des ausbleibenden Indults für protestantische Administratoren: WOLGAST, Hochstift (wie Anm. 10), S. 281 f.
- 145 STIEVE, Politik II (wie Anm. 70), S. 278-280; FOERSTER, Sessionsstreit (wie Anm. 10), S. 67-69.

Umschlagabbildung:
Sitzung des Reichstags 1598 in Regensburg

Impressum:
Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.
Redaktion: Anette Baumann
Layout: Anette Baumann, Andrea Müller
Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-26-4